:antifaschistische nachrichten Nr. 4

g 3336 20.2.2014 30. jahrg./issn 0945-3946 1,50 €
www.antifaschistische-nachrichten.de

„Die Wende“ in Auflösung

Ansbach. Der Verein „Die Wende“, der einst als „Aktion zur geistig-kulturellen Erneuerung Deutschlands aus seinen christlichen Wurzeln“ angetreten war, wird aufgelöst. Nach dem Rücktritt von Jörg Birnbacher, dem Vorsitzenden, fand sich kein Nachfolger für dieses Amt. Die Mitgliederversammlung beschloss daher die Auflösung des Vereins und berief Andreas Späth zum Liquidator. Das „Studienzentrum Weikersheim“ soll nun das Vermögen des Vereins erhalten und eine „Jahrestagung, Rundbriefe und Schriften anbieten“. *hma* ■

Rechte Freunde

Hamburg/Ukraine. Der Verein „Die Deutschen Konservativen“ um den wegen „Volksverhetzung“ verurteilten Joachim Siegerist ruft zu Spenden für den Ex-Boxweltmeister Vitali Klitschko „und dessen Freunde in Kiew“ auf. Die Demonstranten auf dem zentralen Versammlungsplatz in Kiew benötigten „dringend warme Kleidung, Polar-Schlafsäcke und dicke Filzstiefel“ sowie „Brandsalben und Verbands-Material“, schreibt Siegerist in einem Rundbrief. Deren Durchhaltevermögen sei „entscheidend für den Ausgang der Revolution in der Ukraine“. Wenn es gelänge, 20 000 Euro aufzubringen, so Siegerist, wäre dies „schon eine riesige Hilfe“. Er selber sei Klitschko in Hamburg schon „oft begegnet“, schreibt Siegerist. Noch vor einigen Wochen habe Klitschko das Vorstandsmitglied von „Die Deutschen Konservativen“, Uwe Hempen, in Hamburg getroffen. *hma* ■

Verleger verstorben

Aachen. Michael Müller (55), der Gründer des katholischen „MM-Verlags“ und Herausgeber des rechtskonservativen Monatsmagazins „KOMMA“ in Aachen, ist Anfang Februar im 55. Lebensjahr überraschend an einem Herzinfarkt verstorben. Zuletzt waren der Verlag und das Magazin in finanzielle Schwierigkeiten geraten. Mitarbeiter mussten entlassen werden. Laut „kath.net“ vorliegenden Informationen hatte Müller zuletzt Bischöfe und katholische Institutionen aus dem deutschsprachigen Raum vergeblich um finanzielle Hilfe für sein Magazin gebeten. hma ■

Dresden – Der 13. Februar gehört nicht mehr den Nazis

Cottbus Nazifrei: 1 von 6 Blockaden, 15.2.2014

Es ist gelungen. Am 69. Jahrestag der Bombardierung Dresdens konnten Geschichtsrevisionisten und Vertreter der Ideologie der Ungleichwertigkeit in Dresden keine koordinierte Aktion durchführen. Dank vieler Menschen, die aktiv in der Stadt unterwegs waren, gab es keine Demonstrationen und auch keine Kundgebung der Nazis. Somit ist der 13. Februar 2014 ein guter Tag für das Bündnis „Dresden Nazifrei“ gewesen.

Rico Gebhardt, Vorsitzender der LINKEN. Sachsen zu diesem Tag: Es war eine Niederlage für die Nazis, die erstmals seit vielen Jahren am 13. Februar in der sächsischen Landeshauptstadt in überhaupt keiner größeren Gruppenformation in Erscheinung getreten sind. Dies ist ein großer Erfolg für die Zivilgesellschaft, insbesondere für das Bündnis „Dresden Nazifrei“, das den Nazi-Spuk von den Straßen Dresdens verdrängt hat.

Gegen 15 Uhr setzte sich der Täterspurenmahngang mit über 2500 Teilnehmerinnen und Teilnehmern in Bewegung. Der Sänger der „Prinzen“ Sebastian Krumbiegel erinnerte mit seiner Rede am Schützenplatz an einen Überfall auf das Gewerkschaftshaus im Jahr 1933 durch die SA. Lothar König, Jugendpfarrer aus Jena, sagte, „Nazis haben hier faktisch keinen Platz mehr“. Vor einer Erleichterung darüber warnte die Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in Dresden Nora Goldenbogen. Mehrere tausende Menschen sorgten bis zum Abend dafür, dass Nazis sich nicht versammeln konnten.

Silvio Lang, Sprecher von „Dresden Nazifrei“ kritisierte, dass sich einzelne Nazis in die Menschenkette einreihen konnten. Die Ordner hatten, die Anweisung, nichts dagegen zu unternehmen. Damit verliert die Menschenkette, welche ohnehin nur eine symbolische Aktion ist, ihre Wirkung.

Eingetrübt ist die Freude darüber, dass die Nazis am 13. Februar nichts zustande bekommen haben, da am Vortag etwa 350 Nazis durch Dresden marschieren konnten. Zwar gab es Blockaden, die jedoch von der Polizei geräumt werden konnten.

Dennoch: Dresden – der 13. Februar gehört nicht mehr den Nazis. Und dies war und ist das erklärte Ziel des Bündnisses „Dresden Nazifrei“.

Jens Thöricht
Sprecher der LAGantifaschistische Politik in und bei der LINKEN. Sachsen

Aus dem Inhalt:

Nach dem Schweizer Votum gegen Zuwanderung 3
Französische Reaktionen auf schweizerisches Referendum 9

Demo gg „Indoktrination“

STUTTGART. Die Initiative „Besorgte Eltern Baden-Württemberg“ ruft für den 1. März 2014 zu einer zweiten Demonstration unter dem Motto „Gegen die Indoktrination unserer Kinder – Stoppt den Bildungsplan 2015“ in der Stuttgarter Innenstadt auf. Nach Ansicht der Initiative werde dem „Thema „sexuelle Vielfalt“ als Leitprinzip im grün-roten Bildungsplan 2015 zu viel Raum gegeben“.

Die Vermittlung der verschiedenen Formen des Zusammenlebens von Menschen in Grundschulen wird als „massive Zwangsindoktrination“ bezeichnet. Es sei falsch, wenn Kinder die klassische Familie nur noch als eine von vielen Familienformen kennenlernten.

An einer ersten Demonstration gegen den „Bildungsplan 2015“ am 1. Februar sollen sich – nach Veranstalterangaben – 800 Menschen beteiligt haben. Diese habe aber nach Gegenprotesten und auf Drängen der Polizei abgebrochen werden müssen. Beginnen soll die Demonstration am 1. März um 14 Uhr am Stuttgarter Schlossplatz und will von dort zum Staatstheater ziehen. Auch die Akteure der rassistische Internetseite „PI-News“ mobilisieren zu dieser Demonstration und wollen ausführlich über die Geschehnisse vor Ort berichten.

hma ■

Nazis raus aus den Fan-Clubs!

Die Führung von Borussia Dortmund hat gegen Michael Brück, einstigem Kader der verbotenen Nazi-Kameradschaft „Nationaler Widerstand Dortmund“ (NWDO) und jetzigem Kandidaten für „Die Rechte“ ein Ausschlussverfahren eingeleitet.

Auch das OLG Hamm hatte dem BVB erst vor wenigen Wochen recht gegen Die Rechte gegeben. Das Gericht gab dem Antrag auf eine einstweilige Verfügung gegen die Neonazi-Partei wegen Nutzung von Vereinsarben statt. Der langjährige Kopf der Neonazi-Hooligan-Truppe „Borussenfront“ und einstige Aktivist der verbotenen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“ (NSA/NA) Siegfried „SS-Siggi“ Borchardt tritt als Spitzenkandidat für Die Rechte in Dortmund an und wollte mit den BvB Vereinsfarben und dem Slogan „Von der Südtribüne in den Stadtrat“ werben. Dagegen errang der Verein eine einstweilige Verfügung. Nun wollen die Neonazis in dieser Angelegenheit vor das Bundesverfassungsgericht ziehen.

Quelle: Endstation Rechts ■

Kondome an Holocaust-Überlebende und Abgeordnete verschickt!

Betroffene stellen Strafantrag

Die Jugendorganisation der NPD, die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) werben auf ihrer Homepage mit Kondompackungen, die mit der Aufschrift „für Ausländer und ausgewählte Deutsche“ beschriftet sind, ganz offen für ihren Zweck. Eine rassistische und volksverhetzende Kampagne, die sich ganz klar der NS-Ideologie über „lebensunwertes Leben“, das es zu verhüten gelte, bedient.

So waren es zu Beginn der NS-Herrschaft vor allem körperlich beeinträchtigte Menschen oder welche, die als körperlich und seelisch beeinträchtigt ausgemacht wurden, die im Zuge der Aktion T4 zwangssterilisiert oder umgebracht wurden. So genanntes „Lebensunwertes Leben“ sollte verhindert oder „vernichtet“ werden. Auf Grund dieser NS-Ideologie wurden insgesamt 80 000- 90 000 Menschen ermordet. Die Aktion T4 sollte die „deutsche Bevölkerung“ zudem auf den anstehenden Holocaust an 6 Millionen Juden, 500 000 „Zigeunern“ und anderen so genannten „Asozialen“, wie Landstreichern, Obdachlosen und Arbeitslosen vorbereiten, der in den Folgejahren industriell geplant und durchgeführt wurde. In den Arbeits- und Konzentrationslagern wurden zudem von Beginn an zahlreiche politisch Missliebige – wie Sozialdemokraten, Kommunisten und Gewerkschaftsmitglieder – inhaftiert und durch „Vernichtung durch Arbeit“ in den Tod getrieben.

Und an die alle richtet sich auch die JN mit ihrer Kampagne. Auf der Rückseite der Kondompackungen ist ein hetzerischer Text aufgedruckt, in dem es heißt, „Sie vermehren sich blitzartig, kosten unser Geld und haben eigentlich keinen Nutzen – die Politiker der korrupten Altparteien. Sie tun so, als ob sie sich für unsere Probleme interessieren, um dann jahrelange in den Parlamenten eine ruhige Kugel zu schieben. Sie wollen die multikulturelle Gesellschaft, die unsere Kultur zerstört. Sie lassen zu, dass sich unsere Gesellschaft überfremdet.“ Und weiter heißt es dort „Die JN hat die Lösung (…) Ab jetzt kann jeder durch die Stadt gehen und aktiv den demografischen Wandel bekämpfen(…).“

Begonnen hat die JN die Kampagne bereits im Bundestagswahlkampf 2013. Unter dem Slogan „Hose runter, Gummi drauf!“ richtet sie sich laut eigener Pressemitteilung Anfang September 2013 „an zahlreiche Bundestagsabgeordnete, Minister und Ausländerlobbyisten, die sich in der Vergangenheit besonders durch ihre volksfeindliche Heimatabwicklungspolitik hervorgetan haben.“ Der JN-Bundesvorsitzende und Autor der Pressemitteilung Patrick Kallweit schreibt weiter, „Der Kreativität sind – außer durch das Gesetz – keine Grenzen gesetzt. Sei es in der Schule, an der Uni, am Infotisch oder als „Präsent“ für den örtlichen Grünen- oder SPD-Gemeinderat“.

Doch nun erhielten einige Abgeordnete in Hamburg und ausgerechnet die Holocaustüberlebende und für ihr antifaschistisches Engagement bekannte Sängerin, sowie Vorsitzende des Auschwitz-Komitees, Esther Bejarano ein derart verpacktes Kondom.
An ihre Privatadressen – per Post.

Unter den anderen bisher bekannten Adressaten sind Kersten Artus, Bürgerschaftsabgeordnete und Vizepräsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft, die Bürgerschaftsabgeordneten Barbara Nitruch, Wolfgang Rose und Heike Sudmann, die Bezirksabgeordneten Anke Ehlers (Wandsbek) und Stephen Jersch (Bergedorf) sowie Herbert Schulz, ehem. Landessprecher der Partei Die Linke in Hamburg. …

In der vergangenen Woche haben die Betroffenen deshalb einen Strafantrag gegen die so genannten „Jungen Nationaldemokraten“ bei der Staatsanwaltschaft Hamburg eingereicht. Der Strafantrag wegen des Verdachts der Beleidigung, der Volksverhetzung und aller anderer in Frage kommenden Straftatbestände richtet sich u.a. gegen den Vorsitzenden der sogenannten „Jungen Nationaldemokraten“ (JN), Andy Knape, den stellvertretenden Vorsitzenden und Bundesgeschäftsführer Julian Monaco sowie die Mitglieder des Bundesvorstandes Pierre Dornbach, Patrick Kallweit, Michael Schäfer und Sebastian Richte.

Das Auschwitz-Komitee teilt in einer Pressemitteilung vom 8. Februar 2014 mit, es erwarte, dass die Staatsanwaltschaft Hamburg sich zeitnah mit diesem Straftatbestand auseinandersetzt.

Das bleibt zu hoffen. Denn neben dieser persönlich adressierten Straftaten, mit denen sich nun u.a. ausgerechnet eine der letzten Überlebenden des „Mädchenorchesters von Auschwitz“ auseinandersetzten muss, versucht die gesamte Kampagne der JN derartiges Gedankengut gesellschaftsfähiger zu machen.

Dass das derzeit wieder Konjunktur hat zeigen bsp. Hetz-Berichte über Roma und Sinti in den Medien, Sarrazins Thesen und die Abschottung der EU-Außengrenzen gegen Flüchtende samt entsprechender rassistischer Polizeikontrollen in Deutschland. *L.* ■

Nach dem Schweizer Votum gegen Zuwanderung

Mit einer knappen Mehrheit von 50,3 Prozent stimmten die Schweizer Wählerinnen und Wähler einer von der rechten „Schweizerischen Volkspartei“ (SVP) unter ihrem Chef, dem Milliardär Christoph Blocher, angeschobenen Initiative gegen vermeintliche Masseneinwanderung zu. Die „Steuerung der Zuwanderung“ ist zukünftig in der Verfassung geregelt und damit für den Gesetzgeber bindend. Die Kernpunkte: es soll eine jährlich festgelegte Höchstzahl von zuwandernden Ausländern geben. Darin eingeschlossen sollen auch Asylsuchende sein. Hierin dürfte die widersinnigste Regel liegen, denn es liegt in der Natur der Sache, dass sich die Zahl der Schutzsuchenden nicht kontingentieren lässt. Entweder wird die Regel also in der Praxis leer laufen, oder die Schweiz wird massiv gegen das Nicht-Zurückweisungsgebot der Genfer Flüchtlingskonvention verstoßen. Darüber hinaus sollen Schweizerinnen und Schweizer Vorrang auf dem Arbeitsmarkt haben, Ansprüche auf Aufenthalt, Familiennachzug und Sozialleistungen sollen beschränkt werden können.

Rechtspopulistische Parteien und Politiker in ganz Europa – von der britischen Anti-EU-Partei UKIP über den niederländischen Islamhasser Geert Wilders bis zur Parteichefin der französischen Front Nationale Marine Le Pen – feiern das Schweizer Votum für nationale Abschottung als vorbildlich. In Deutschland reichte die Empörung bis hinein in die Boulevardpresse, was im Wesentlichen an der unterstellten anti-deutschen Stoßrichtung der Initiative liegen dürfte. Schließlich stellen die Deutschen nach den Italienern die zweitgrößte Zuwanderergruppe in der Schweiz, hinzu kommen zahlreiche „Grenzgänger“, die in Deutschland leben und in der Schweiz arbeiten.

Bei nüchterner Betrachtung allerdings ist die Aufregung in Deutschland mindestens heuchlerisch. Zum einen wurden mit der Initiative die Grundlagen für Regelungen geschaffen, die in der Bundesrepublik ebenfalls zur Anwendung kommen: auch hier gilt ein Vorrang für Deutsche auf dem Arbeitsmarkt, der vor allem Nicht-EU-Bürger massiv ausgrenzt und für Asylsuchende zu einem faktischen Arbeitsverbot führt.

Der Familiennachzug ist an den Erwerb der deutschen Sprache schon im Herkunftsland der nachziehenden Ehegatten gebunden. Sozialleistungen sind auch in Deutschland nur beschränkt EU-Bürgerinnen und -Bürgern zugänglich, bei Nicht-EU-Bürgern kann der Bezug von Sozialleistungen sogar zur Ausweisung führen.

Und eben jene Boulevardpresse, die sich derzeit über das Votum des Schweizer Souveräns echauffiert, hetzt in einem fort gegen „Armutsmigranten“ aus Ost-Europa, gegen Asylsuchende, die angeblich nur in die „sozialen Sicherungssystem einwandern“ wollen, gegen Südeuropäer, die im Rahmen der Freizügigkeit ihre kriselnden Herkunftsstaaten verlassen und neue Beschäftigungsmöglichkeiten in Deutschland suchen.

Dass die Schweizer Volkspartei, die die „Initiative gegen Masseneinwanderung“ gestartet hat, ihre ausländerfeindlichen Ressentiments nicht in erster Linie gegen Deutsche richtet, sondern vor allem gegen die vermeintliche Überfremdung durch Muslime und den angeblichen Missbrauch des Asylsystems, bleibt in der hiesigen Berichterstattung vollkommen unbeachtet.

Täuschen wir uns nicht. Gäbe es in Deutschland eine Volksabstimmung nach Schweizer Vorbild, würde das Ergebnis möglicherweise nicht so viel anders ausfallen. Sicher sind nicht alle der 50,3 Prozent Schweizer, die für die Zuwanderungsbeschränkung gestimmt haben, oder diejenigen Deutschen, die mit solchen Forderungen sympathisieren, unverbesserliche Rassisten. Doch der Wohlstandschauvinismus, der sich in Forderungen nach Zuwanderungsbegrenzung und Bekämpfung von „Missbrauch“ – wahlweise der Freizügigkeit oder des Asylrechts – niederschlägt, ist letztlich doch nur eine zivilisiertere Variante eines Rassismus, dem alles „Fremde“ eine Gefahr für die eigene Identität erscheint. Die Mobilisierung von Ängsten vor Einwanderern und ihrer Kultur schwächt die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei ihrem Kampf um bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne, der nur als gemeinsamer Kampf erfolgreich sein kann. Die Grenze verläuft nicht zwischen Menschen unterschiedlicher Herkunft, sondern zwischen oben und unten.

Den rechten Hetzern – auch aus der Bundesregierung – die in Deutschland das Gespenst einer massiven Armutsmigration aus Bulgarien und Rumänien an die Wand malen, muss entgegengetreten werden. Ihre Demagogie muss anhand der Fakten entlarvt werden.

Gegen Angstkampagnen fordern wir die Einführung und konsequente Durchsetzung von Mindestlöhnen, um berechtigten Sorgen um Lohndumping Rechnung zu tragen.

Gegen die Einschränkung der Freizügigkeit muss die freie Wahl von Wohnort und Arbeitsplatz europaweit im Rahmen des Kampfs um soziale Rechte verteidigt werden.

Ulla Jelpke, MdB
Innenpolitische Sprecherin
Fraktion DIE LINKE. ■

Gegen Rechte und Rassisten, für Frieden und Demokratie

VVN-BdA NRW

„Demokratie verwirklichen! Frieden schaffen! Nazis und Militaristen stoppen! Für einen starken Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten“ – unter diesen etwas sperrig anmutenden Forderungen stand die Landesdelegiertenkonferenz der VVN-BdA Nordrhein-Westfalen, die am 8. Februar im Düsseldorfer ver.di-Gebäude stattfand. Den gleichen Titel tragen auch die nach intensiver Diskussion vor und auf der Konferenz einmütig beschlossenen „Programmatischen Eckpunkte“ der Vereinigung und auch die Diskussionen der etwa 80 Delegierten und zahlreichen Gäste wurden von den Themen Demokratie, Antifaschismus, Antirassismus und Friedenspolitik in ihren verschiedenen konkreten Ausprägungen beherrscht. Der älteste und größte antifaschistische Verband Deutschlands zeigte damit, dass er mit den Themen seiner Politik auf der Höhe der Zeit ist, auch wenn Einigkeit darüber bestand, dass die Aufnahme vieler junger Mitglieder dringend notwendig sei.

Dass die VVN-BdA als Bündnispartner und politischer Freund angesehen und gefordert ist, zeigten zahlreiche Grußadressen wie z.B. vom Landesverband Deutscher Sinti und Roma NRW, dem NRW-Arbeits- und Sozialminister Guntram Schneider, der Sprecherin für Innenpolitik der Fraktion der Grünen im Landtag und des Geschäftsführers der SPD-Landtagsfraktion ebenso vor wie vom Landesjugendring und der DKP Ruhr-Westfalen.

Fortsetzung Seite 4 unten

Alles nur Zufall?

Der Bericht des Innenministers zum Polizistinnenmord in Heilbronn lässt alle Fragen offen

Nach Ansicht der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der AntifaschistInnen Baden-Württemberg (VVN -BdA) lässt der heute von Innenminister Gall vorgelegte Bericht alle wichtigen Fragen, die sich aus dem Heilbronner Polizistinnenmord ergeben offen.

Laut Gall und den Ermittlungen des Landeskriminalamtes waren Michèle Kiesewetter und ihr überlebender Kollege lediglich Zufallsopfer der beiden NSU Terroristen Böhnhardt und Mundlos.

Angeblich „konnten keine Hinweise auf mit dem NSU vergleichbare Netzwerke oder Zellen in Baden-Württemberg gewonnen werden."

Zu diesem Ergebnis kann der Bericht nur kommen, weil die dafür entscheidenden Fragen gar nicht gestellt oder abgetan wurden:

- Warum hielten sich mindestens fünf Geheimdienstmitarbeiter in der Nähe des Tatortes auf?
- Warum ähnelt keines der von Zeugen gefertigten Phantombildern den beiden Tatverdächtigen.
- Warum wurde keinem der kurz nach der Tat vorliegenden Hinweise auf einen rechtsterroristischen Hintergrund des Mordes nachgegangen.
- Wie kam es zum angeblichen Selbstmord eines der Hinweisgeber kurz vor seiner Befragung durch das LKA im letzten September auf dem Cannstatter Wasen?

Laut VVN-BdA Landessprecherin Janka Kluge bestätigt der Bericht den Eindruck, „dass ohne Rücksicht auf eine Vielzahl von Spuren an einem vorgegeben Ermittlungsergebnis festgehalten wird: In Baden-Württemberg gibt es keine Probleme mit Rechtsterrorismus und der Verfassungsschutz wäscht seine Hände in Unschuld. Aus diesem Bericht spricht erneut nicht der Wille zur Aufklärung, sondern zur Vertuschung."

Gerade nach diesem Bericht werde die Forderung nach einem Untersuchungsausschuss des Landtages zum Komplex Rechtsterrorismus in Baden-Württemberg immer dringender.

Bereits der DGB hat auf seiner Bezirkskonferenz am 1. Februar in Ludwigsburg einen Beschluss verabschiedet, der diese Forderung erhebt. Nun hat auch der Landesvorsitzende der Grünen, Oliver Hildenbrand ein neues Nachdenken über die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses angeregt.

Eine von den Landesbehörden unabhängige Untersuchung der Vorgänge um den Heilbronner Polizistenmord und die vielen Ungereimtheiten der Ermittlung ist unverzichtbar.

Auf Initative der VVN-BdA läuft derzeit eine Unterschriftskampagne zur Unterstützung dieser Forderung.
(**http://untersuchungsausschussjetzt.vvn-bda.de/**).

Ihre Notwendigkeit wurde erneut bestätigt.

Dieter Lachenmayer
VVN – Bund der Antifaschisten
Landesvereinigung Baden-Württemberg e.V.

Fortsetzung von Seite 3

Zu den Delegierten sprachen u.a. Özlem Alev Demirel, Bundesvorsitzende der DIDF, die Sprecherin der NRW-Linken Gunhild Böth, die eine sehr persönliche Rede hielt und Felix Oekentorp als Vertreter der Ostermarsch-Koordinator (innen) und der DFG-VK. Die Anerkennung die sich in den Grüßen ausdrückte zeigt aber auch, dass die Organisation zukünftig noch aktiver werden muss, um die in sie gesetzten Erwartungen zu erfüllen.

Der „Nachteil" den die Grüße mit sich brachten, war allerdings, dass die Zeit der Konferenz bei weitem nicht ausreichte, um sich mit allen anstehenden Fragen so ausführlich wie nötig zu beschäftigen. So blieb nach der intensiven Diskussion des inhaltlichen Leitantrages keine Zeit mehr, um auch die übrigen Anträge zu debattieren – sie wurden zur weiteren Diskussion und Beschlussfassung an den Landesausschuss verwiesen.

Als Landessprecher(in) der VVN-BdA wurden Iris Bernert-Leushacke (Dortmund), Falk Mikosch (Düsseldorf) und Jochen Vogler (Wuppertal) gewählt bzw. wiedergewählt.

Das Hauptdokument der Konferenz ist auf der Homepage der nordrhein-westfälischen VVN-BdA ebenso zu finden, wie nähere Informationen zu den interessanten Verbandsprojekten „Verbrechen der Wirtschaft an Rhein und Ruhr 1933-1945" und „Kinder des Widerstandes".

tri ■

Internationales Jugendworkcamp Bergen-Belsen in den Osterferien: 7. – 17.4.2014

Du kannst dabei sein

Mit Jugendlichen aus 9 Ländern. Wir gestalten den Erinnerungsweg zu den ehemaligen Lagern, sprechen mit Überlebenden der Nazi-Verfolgung, mit heute von Asylpolitik Betroffenen und mit Nazi-GegnerInnen. Wir arbeiten im Archiv, mit Werkzeug, Farbe, Kamera und machen Musik. Die Umgebung von Bergen-Belsen, mit dem größten, von den Nazis angelegten, Truppenübungsplatz und das Treiben von Neonazis werden ebenso Thema sein, wie die Geschichte von Bergen-Belsen. Und du kannst die Atmosphäre des alternativen „Bunten Hauses Celle" kennenlernen.

Wenn du 16 bis 25 Jahre alt bist (in Ausnahmen mit 15), kannst du dich allein oder mit mehreren zum workcamp anmelden.

Das Internationale Jugendworkcamp ist ein gemeinsames Angebot christlicher und gewerkschaftlicher Jugendverbände im Landesjugendring Niedersachsen in Kooperation mit der Stiftung Niedersächsischer Gedenkstätten.
Teilnahmebeitrag: 120,- Euro – Wer das nicht aufbringen kann, für die/den finden wir Sponsoren.
Anmeldung und Infos bei:
DGB-Jugend Niedersachsen, • Otto-Brenner-Str. 7 • 30159 Hannover • T. 0511-12601-61
charly_belsen@yahoo.de

---------- *hier abschneiden und versenden* ----------

Ich nehme am Internat. workcamp Bergen-Belsen 7. – 17.4.14 teil:

Name: …… Vorname: ……

PLZ, Ort: …… Straße: ……

Tel. …… E-Mail: ……..

Schule oder Gruppe: ……..

Andere Mitteilungen: ……

…….. ……..
Datum, Unterschrift Unterschrift des/der Erziehungsberechtigten

Hamborger Jung mit Kamera

Mit Dokumentarfilmen, mit Installationen und Aktionen hat Jens Huckeriede an das jüdische Leben in Hamburg erinnert. Unkonventionell, konsequent ließ er Viele teilhaben an seinem leidenschaftlichen Einsatz gegen das Vergessen. Am 8. Dezember starb er, unerwartet, plötzlich, mit 64 Jahren an Herzversagen.

„Er hatte noch viel vor", wie die Kinderhäuser Sterni-Park auf der Trauerkarte für das Mitglied ihrer Geschäftsleitung erklärten. Jens Huckeriede wirkte schon seit 1982 im Kinderhaus Heinrichstraße mit, aus dem heraus sich Stern-Park gegründet hat. Zu diesem Zeitpunkt erhielt das 1976 als Eigeninitiative gegründete Kinderhaus Heinrichstraße nach jahrelangen Konflikten endlich staatliche Förderung. Zuvor war es in Hamburgs Springerpresse als „rote Kaderschmiede für die ganz Kleinen" und deshalb angeblich nicht förderungswürdig bezeichnet. Das ging zurück auf die in Hamburg regierende SPD, welche die Berufsverbote gegen KommunistInnen damals auf die Kindererziehung ausweitete und dem Kinderhaus städtische Gelder verweigerte, denn, so der damalige Bürgermeister Hans-Ulrich Klose, nachdem er beim Inlandsgeheimdienst nachgefragt hatte: Es sei seine „verdammte Pflicht und Schuldigkeit", immer wieder darauf hinzuweisen, „dass dieses Projekt eine im wesentlichen vom Kommunistischen Bund getragene Einrichtung ist". Mit dem Engagement des KB hatte Klose Recht, aber warum dürfen KommunistInnen keine Kinder erziehen? Dieser Konflikt der 70er Jahre ist bezeichnend für das politische Klima im vermeintlichen weltoffenen, sozialdemokratisch und hanseatisch-bourgeois dominierten Hamburg: Radikalere Linke wurden und werden ordnungspolitisch als störend gesehen, die Erinnerung an die Shoah soll immer hübsch im Rahmen bleiben und möglichst nicht an der breiten Beteiligung der Bevölkerungsmehrheit am „Mustergau Großhamburg" rühren.

Jens Huckeriede, 1949 geboren, ist in diesem Klima aufgewachsen, hat gelernt, dass es auf die Eigeninitiative ankommt und nicht darauf, zu hoffen, dass sich mit staatlicher Förderung etwas bewegen lässt. Jens Huckeriede unterstützte mit seinen kaufmännischen Kenntnissen die Buchhaltung im Kinderhaus Heinrichstraße, setzte sich ein für eine freiere, an den Bedürfnissen der Kindergartenkinder orientierte Ermöglichung von Entwicklung, zur Entfaltung starker Persönlichkeiten, wissbegierig, empathisch, solidarisch. Über das Vorführen von Filmen im Kinderhaus kam er in Kontakt mit dem alternativen Medienzentrum „Die Thede", das mit Videoproduktionen widerständige Sichtweisen und Protest befördern wollte. 1985 schloss sich Jens dem Medienkollektiv an.

In den neunziger Jahren initiierte Jens ohne staatliche Zuschüsse ein Erinnerungsprojekt, wie es typisch ihn war: Er brachte verschiedene Leute und historische Materialien zusammen und schuf so mit geringen Mitteln etwas ungewöhnliches, das mahnt und neugierig macht: „Dieses Thema kann man nicht nur historisch angehen", erklärte er oft: „Es geht nicht nur um die Toten, es geht auch um die Gegenwart, um die Lebenden." So war er mit der Kamera vor Ort, als 1992 in Hamburg gegen die Störung der Totenruhe auf dem Gelände eines ehemaligen jüdischen Friedhofs protestiert wurde. Und filmte, wie deutsche Bauarbeiter vor orthodoxen Juden geschützt werden. „Beth Ha'Chajim, Haus des ewigen Lebens", der Film von Jens Huckeriede dokumentiert diese Auseinandersetzungen um die Überbauung des ehemaligen jüdischen Friedhofs. Für ein Einkaufszentrum sollten Bagger auf dem Gelände eine Baugrube für das Fundament ausheben, ohne das die Knochen der Toten geborgen worden wären. Mitten in Ottensen, einem alternativen Szene-Stadtteil. Dort gab es von linken Gruppierungen zwar Protest wegen der erwarteten und eingetretenen Gentrifizierung, aber die orthodoxen Juden, die aus London und Israel gekommen waren und dort vor den Baggern für die Toten beteten, wurden von ihnen genauso ungläubig als exotische Fremde beäugt wie von anderen freundlichen, deutschen AnwohnerInnen. Es gab auch die Anderen, die sich über die plötzliche jüdische Präsenz im Quartier aufregten, auch antisemitische Beleidigungen fielen. Die Orthodoxen blieben alleine, kaum jemand solidarisierte sich mit ihnen. Einsam aber stur erreichten sie, dass der Friedhof überbaut wurde, die Totenruhe so wenigstens formell gewahrt wurde – auch wenn jetzt das Einkaufszentrum „Mercado" darüber steht, der jüdische Friedhof unsichtbar und unzugänglich ist. Für deutsche Verhältnisse haben sie viel erreicht. Nur im Parterre des alternativ-bürgerlichen Zentrums sind ein paar Tafeln mit den Namen der auf dem Friedhof bestatteten Toten angebracht, neben einer elektrischen Kerze. Im Treppenbereich, von Vorbeigehenden nicht beachtet. „Beth Ha'Chajim, Haus des ewigen Lebens", der Film von Jens Huckeriede über die Vorgeschichte des „Mercado" ist selbst leider schon fast vergessen.

Haus des Lebens

Im September hatte sein neuer und leider letzter Film „sounds in the silence" über einen Workshop auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte Neuengamme Premiere, aus dem ein sich vergrößerndes, ausweitendes Projekt des Gedenkens hervorgegangen ist. Jens Huckeriede war wie so oft mit der Kamera dabei, dokumentierend. Als Jens mit mir im September über „sounds in the silence" sprach, war er guter Dinge, dass seine Initiative weitere, größere Kreise ziehen würde. Jens war der Initiator und Leiter dieses „interkulturellen Erinnerungsprojektes". Das Suchen und Erfinden neuer Formen der Erinnerung an historischen Orten trieb ihn um. „Künstler, Filmemacher ist er geworden, um Inhalte zu vermitteln. Sein Herzensanliegen war, das die junge deutsche Geschichte, der Holocaust, nicht in Vergessenheit geriet", so Jürgen Moysich bei der Gedenkfeier für Jens Huckeriede: „Als Sterni-Park Anfang der neunziger Jahre das ehemalige jüdische Volksheim in der Wohlersallee erwarb, um es zu einer Kita umzubauen, war er es, der die Geschichte dieses Hauses nicht nur recherchierte, sondern auch in verschiedenen Veranstaltungen auf die Straße vor dem Haus trug". Diese Möglichkeit, die Jens durch Sterni-Park hatte, nahm er gerne auf und bereicherte so das neue Kinderhaus in der Wohlersallee mit einem Gedenkraum, wie er leider überhaupt nicht selbstverständlich ist in den vielen Häusern, aus denen die Verfolgten des Nationalsozialismus entfernt wurden – und mit ihnen meist auch jede Spur von ihnen. „Ich war Filmemacher und saß zugleich im Vorstand des Sterni-Park e. V., der 1994 ein Haus in der Wohlersallee kaufte. Später stellte sich heraus: Das war das jüdische Volksheim", so Jens vor zehn Jahren in einem Interview: „Die Stadt wollte keinen Zuschuss für einen Erinnerungsraum geben, und ich habe, ei-

Am „Tag der Legionäre“: Blumen für die Waffen-SS?

SS-Männer sind Verbrecher, keine Helden!

Riga am 16. März – Gegen die Umdeutung der Geschichte

Jedes Jahr wiederholen sich in den baltischen Staaten Lettland und Estland Aufmärsche ehemaliger baltischer Waffen-SS-Angehöriger und ihrer heutigen Sympathisant_innen.

Tausende Teilnehmer_innen stilisieren die früheren Kollaborateure der Deutschen zu „Freiheitskämpfern“ gegen die Sowjetunion und zu nationalen Helden. Die Umdeutung der Geschichte, die Gleichsetzung „Rot gleich Braun“ stößt im Baltikum auf breite gesellschaftliche Zustimmung. Dieser Geschichtsrevisionismus paart sich mit einem aggressiven völkischen Nationalismus, der viele russisch-stämmige Einwohner_innen der baltischen Staaten zu Bürger_innen zweiter Klasse macht. Wer gegen die Naziverherrlichung protestiert, gilt damit automatisch als „Agent Moskaus“, als jüdischer Störenfried oder als Nestbeschmutzer.

Die Internationale Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) ruft dazu auf, die Proteste gegen die Aufmärsche zur Verherrlichung der lettischen Waffen-SS in diesem Jahr mit internationalen Delegationen zu unterstützen. In Berlin mobilisieren die VVN-BdA und die DFG-VK dazu, am 16. März in Riga zu den lettischen Antifaschist_innen zu stoßen.

„Tag der Legionäre“ – Waffen-SS-Marsch in Riga

Die Veteranen und Sympathisant_innen der ehemaligen „Lettischen Legion“ ziehen jedes Jahr am 16. März durch die Innenstadt von Riga. Das ist der Jahrestag der ersten großen Schlacht, die die lettische Waffen-SS gegen die Rote Armee geführt hat.

Ziel des Umzugs ist das Freiheitsdenkmal. Dieses erinnert an den Unabhängigkeitskampf Lettlands nach 1918, das zuvor Teil des russischen Zarenreiches war. So wird eine historische Kontinuität konstruiert: Die Waffen-SS-Männer werden in den Kanon der nationalen Freiheitskämpfer aufgenommen, die – gegen die Russen! – für die nationale Unabhängigkeit gekämpft hätten.

Tanzeinlage lettischer Militärs vor einem Eishockeyspiel

Der aggressive Antisemitismus der Mitglieder dieser Truppe, die Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschheit, die von dieser Truppe begangen wurden, interessieren dabei nicht.

Im Jahr 2012 beteiligten sich rund 1500 Menschen, meist aus der Generation der Kinder und Enkel, an dem Aufmarsch, der von der Veteranenvereinigung, von einem nationalistischen Jugendverband und der Partei „Alles für Lettland“, organisiert wird. Sie ist momentan Teil der Regierungskoalition.

Die positive Erinnerung an die Waffen-SS ist in Lettland absolut salonfähig. Ihre Veteranen werden zu Vorträgen in Schulen eingeladen, das staatliche „Okkupationsmuseum“ stellt sie als „Unabhängigkeitskämpfer“ während des Zweiten Weltkrieges dar. Staatspräsident Andris Berzins sagte 2012, man solle sich vor den Waffen-SS-Männern verneigen- sie hätten schließlich „für ihr Vaterland“ gekämpft.

Angeführt wird der Aufmarsch von den wenigen noch lebenden Waffen-SS-Veteranen. Auf dem Freiheitsplatz durchschreiten sie ein Fahnenspalier des nationalistischen „Daugava“-Jugendverbandes. Vor dem Denkmal werden schließlich Blumen abgelegt. Ganz oben thront regelmäßig das Farbfoto eines SS-Mannes in voller Montur.

Antifaschistische Proteste

Es gibt in Riga seit Jahren Proteste gegen die alljährliche Gedenkveranstaltung an die lettischen Waffen-SS-Männer, die aber über wenige Dutzend Teilnehmer_innen nicht hinauskommen. Im vergangenen Jahr konnten sich die Aktivist_innen des Lettischen Antifaschistischen Komitees am Rand des Unabhängigkeitsplatzes versammeln und die Nazifreunde lautstark mit dem „Buchenwaldmarsch“ begrüßen. Über Lautsprecher und auf Plakaten wurde an die Verbrechen der Nazis erinnert.

Die Bewegung „Lettland ohne Nazismus“ (Latvija bez Nacisma) hatte im vorigen Jahr Antifaschist_innen aus mehreren Ländern zu einer Konferenz eingeladen. An ihrem Tagungsort hatten sich ebenfalls Freunde der Waffen-SS versammelt, die den Antifaschist_innen vorwarfen, vom KGB bezahlt zu sein und russisch-imperiale Interessen zu vertreten. Vor dem Eintreffen des rechten Aufmarsches legten die Teilnehmer_innen der Konferenz einen Kranz zu Ehren der Opfer am Freiheitsdenkmal ab. Dieser Kranz wurde wenig später von Angehörigen des „Daugava“-Verbandes zerstört.

Proteste 2014

Die lettischen Antifaschist_innen bemühen sich seit Jahren um eine Internationalisierung der Proteste gegen das Waffen-SS- Gedenken. Diese Bemühungen wollen wir unterstützen. Wie genau die Proteste in diesem Jahr aussehen werden, steht noch nicht fest. Wir streben aber eine sichtbare Präsenz als internationale Delegation an, die der lettischen Öffentlichkeit vor Augen führen soll: Was da in Riga am 16. März geschieht, steht in Widerspruch zu den Lehren aus der Geschichte, in Widerspruch zur Demokratie und zur Freiheit und stößt in Europa auf die entschlossene Ablehnung all jener, die dankbar sind für die Befreiung Europas vom Nazifaschismus.

Im Aufruf der Internationalen Föderation der Widerstandskämpfer (FIR) – Bund der Antifaschisten heißt es:
Veteranen-Verbände der Waffen-SS und andere Neofaschisten führen seit vielen Jahren Aufmärsche und offene Veranstaltungen in Estland und Lettland durch … Diese Veranstaltungen bereiten den Boden dafür, dass zukünftig auch in anderen Ländern SS-Männer als „normale Soldaten“ oder gar als „Freiheitskämpfer“ gewürdigt werden können … Selbst kleinere international organisierte Demonstrationen oder Veranstaltungen im Baltikum wären eine große Hilfe für die dortigen Antifaschisten und würden im Bereich der EU mit Sicherheit viel Aufmerksamkeit erregen.“

→

gentlich aus Protest, gesagt: Dann erinnere ich eben auf meine Art."

Bei der Suche nach denjenigen, die einst als Kinder dort im jüdischen Kindergarten gespielt hatten und durch die Nazis in alle Welt verstreut wurden, machte Jens Huckeriede Spuren ihres jüdischen Lebens sichtbar. Er nahm Kontakt auf zu Miriam Gillis-Carlebach, Tochter des Altonaer und später Hamburger Oberrabbiners Joseph Carlebach, die in dem Kindergarten betreut worden war. Jens Huckeriede drehte vier filmische Dokumente, in denen ZeitzeugInnen über das jüdische Leben vor der Shoah und über ihr Leben danach berichteten: „Diese Erinnerungen bleiben für immer" – die bewegenden, erschütternden, empörenden und anspornenden Lebensgeschichten von Esther Bauer (New York), Esther Bejarano (Hamburg), Miriam Gillis-Carlebach (Bar Ilan/Israel), Schlomo Schwarzschild (Haifa/Israel).

Jens Huckeriede öffnete die Erinnerung an den jüdischen Kindergarten, das Volksheim in der Wohlersallee mit einer Ton-Licht-Schau nach außen auf die Straße, zur Nachbarschaft, zur Öffentlichkeit hin, als Versuch, die Geschichte des Hauses zurück in den Alltag zu holen, so wie vor der Shoah hier jüdische Kinder auf der Straße gespielt hatten. In einer Stadtteilweiten Straßenbemalung erinnerte er auch an andere vergessene Orte jüdischen Lebens in Altona.

„Wie arbeitet man aber zeitgemäß zu dem Thema im öffentlichen Raum? Um es im Altonaer jüdischen Viertel mit Acrylfarbe auf die Straßen zu schreiben, habe ich ein Lied gesucht, das Juden und Nichtjuden nicht auseinanderbringt, sondern zusammenführt," so Jens in dem Interview: „In der Recherche fand ich heraus, dass ‚An de Eck' steiht'n Jung mit'n Tüdelband' von Ludwig Wolf ist. Da wusste ich: Die Kulturgeschichte Hamburgs muss zu mindestens teilweise neu aufgearbeitet werden.".

Mit großer Konsequenz ging Jens Huckeriede einen langen Weg, bis er neun Jahre später, 2003 mithilfe des Thedekollektivs und einem Zuschuss des Goethe-Instituts endlich seinen bekanntesten Film „The Return of the Tüdelband" fertigstellen konnte. Die inoffizielle Hamburghymne „An de Eck' steiht'n Jung mit'n Tüdelband" lernt jedes Kind, dass in Hamburg zur Schule geht dort. Dass Urhamburger Lied ist vom Trio Wolf, einer vor hundert Jahren sehr populären Gruppe jüdischer Coupletsänger. Huckeriede und einigen wenigen weiteren nichtprofessionellen HistorikerInnen ist es zu verdanken, dass die Hamburger Nazis in ihrem Bestreben, das wunderschön freche Lied von seinem jüdischen Ursprung abzuschneiden, zu enthistorisieren, letztendlich nicht erfolgreich waren. In „The Return of the Tüdelband" nähert sich ein Nachfahre, Dan Wolf, der in San Francisco lebt, mit seiner musikalischen Ausdrucksweise, im Hiphop, bei einem Besuch in Hamburg der Geschichte des Liedes und seiner Vorfahren an.

Huckeriede tuedelband – Dan Wolf am Bismarckdenkmal

„Er hat viele Kontakte zu jüdischen ehemaligen Mitbürgern in aller Welt aufgebaut", erinnerte Jürgen Moysich in seiner Gedenkrede für Jens: „Als Sterni-Park im Rahmen des Krippenausbauprogramms 2008 eine Villa in der Rothenbaumchaussee umbauen wollte, bemerkte ich in den Grundstücksunterlagen den Namen Guggenheim. Ich rief Jens an. Von dem Tag an war es klar, dass er dem Schicksal der Familie Guggenheim, jüdischen Kaufleuten, die bis Ende der dreißiger Jahre in der Villa gewohnt haben und dann vertrieben wurden, nachgehen würde. In ‚Ab nach Rio', einem seiner letzten Filme, hat er das verarbeitet."

Er machte eine Enkelin von Wilhelm und Herta Guggenheim in Brasilien ausfindig, Ivoné Simon. Die konnte sich durch das Filmprojekt erstmals mit der Vertreibung ihrer Großeltern und ihrer Mutter aus Hamburg auseinandersetzen: „Sie vergaßen alles. Totaler Blackout." Mit ihrer traumatisierten Mutter konnte sie nicht über die Nazizeit sprechen, aber mit Jens Huckeriede. Auch Miriam Gillis-Carlebach ist Jens Huckeriede dankbar, für seine Erinnerung an das jüdische Leben in Hamburg vor der Nazizeit, auch weil er „die Verbindung mit dem Sterni-Park-Kindergarten – mit meinem persönlichen „Kindheits-Kindergarten" in der Wohlersallee – wieder herstellte." Miriam Gillis-Carlebach besucht den Kindergarten gerne. Hier spielen Kinder, die wissen, dass Israel ein Zufluchtsort ist. Wenn sie aus Israel kommt, weiß sie, dass sie willkommen ist: „Das ‚Carlebach Erinnerungs-Zimmer' mit den Bildern meiner Eltern und meiner Geschwister… Das alles, und noch viel Ungesagtes, habe ich Jens Huckeriede zu verdanken." Jens hätte noch mehr solcher Erinnerungsbrücken bauen können, über die auch die Nachgeborenen gehen können. Seine Filme bleiben und können beim Filmkollektiv „die thede" ausgeliehen oder erworben werden.

Gaston Kirsche

Erwähnte Filme von Jens Huckeriede:

sound in the silence, 2013
Ab nach Rio – Die Akte Guggenheim, 2009
Diese Erinnerungen bleiben für immer, 2007
return of the tüdelband – Gebrüder Wolf Story, 2003
Beth Ha'Chajim, Haus des ewigen Lebens, 1994
Alle im Verleih/ Vertrieb von „die thede": http://www.diethede.de, Blücherstraße 7, 22767 Hamburg. Telefon: 040 899 11 61.

---

16. März, Riga: Internationale Proteste gegen den Waffen-SS-Aufmarsch. Gegen Geschichtsrevisionismus und die Rehabilitierung des Naziterrors!

Gegen die Verherrlichung der Waffen-SS,

Gegen die Verdrehung der Geschichte

Solidarität mit Nazi-Opfern und Antifaschist_innen in Lettland

Infoveranstaltung in Berlin:
Donnerstag, 20. Februar 2014, 19.00 Uhr
Berlin, Café Sybille, Karl-Marx-Allee 72 – 10243 Berlin- Friedrichshain,
Mit Joseph Koren, Lettland ohne Nazismus
Aleksej Sharipov, Lettisches Antifaschistisches Komitee
Moderation: Dr. Regina Girod, Bundessprecherin der VVN-BdA
Die beiden lettischen Antifaschisten berichten über die Vorgänge in Riga, ergänzt werden sie von persönlichen Eindrücken deutscher Teilnehmer_innen der Proteste vom Vorjahr. In einer Vorschau wird auch der im Juli stattfindende Waffen-SS-Aufmarsch in Estland (Sinimä) angesprochen.
Veranstalter_innen:
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes- Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten
Internationale Föderation der Widerstandskämpfer-Bund der Antifaschisten
Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner_innen

Auf der Veranstaltung werden wir die Optionen vorstellen, gemeinsam mit einem gecharterten Reisebus oder individuell mit dem Flugzeug nach Riga zu reisen.
Interessent_innen bitte melden bei: bundesbuero@vvn-bda.de
Weitere Informationen:
www.vvn-bda.de
www.bildungswerk-friedensarbeit.org/wp
http://worldwithoutnazism.org/ (russisch/englisch)

Unterstützt vom Fraktionsverein der LINKEN ■

Der Front National vor den Europaparlaments- und Kommunalwahlen

Am 25. Mai 2014 finden die Europaparlamentswahlen statt (auf den britischen Inseln drei Tage zuvor), und davor die französischen Rathauswahlen. Diese sind im ganzen Land, in zwei Wahlgängen, auf den 23. und 30. März 2014 angesetzt.

Bei den EP-Wahlen wusste man, mit welchen Kräften der Front National verbündet ist: Am 15. November 2013 wurde in Wien ein Wahlbündnis geschlossen, das neben der französischen Partei fünf andere rechtsextreme Formationen umfasst. Es handelt sich um die österreichische FPÖ, die italienische Lega Nord, den belgischen Vlaams Belang, die „Schwedendemokraten" (SD) sowie eine slowakische nationalistische Partei. Zusätzlich ist Marine Le Pen mit dem wasserstoffblonden Niederländer Geert Wilders und seiner „Partei für die Freiheit" PVV verbündet: Beide Parteichefs trafen am 13. November 2013 in Den Haag zusammen.

Nun hat Marine Le Pen bzw. ihr europapolitischer Berater Ludovic de Danne auch präzisiert, mit wem man in Europa **nicht** kooperieren möchte[1]. Keine Zusammenarbeit geben soll es demnach künftig mit der ungarischen Partei Jobbik: Diese sei zu „anti-israelisch" (und vor allem offen antisemitisch!). Ferner seien ihre Positionen zur Türkei „merkwürdig" und unakzeptabel, erklärte der europapolitische Le Pen-Berater. Tatsächlich geben sich die ungarischen Rechtsextremen aus historischen Gründen sehr türkeifreundlich: Nach dem Ersten Weltkrieg wandten sich die ungarischen radikalen Nationalisten, angewidert vom Trianon-Vertrag (durch den das Staatsgebiet Ungarns erheblich verkleinert wurde), von Westeuropa ab, von dem man sich „verraten und verkauft" fühlte. Zuspruch fanden bei ihnen stattdessen der japanische Nationalismus und der türkische Kemalismus. Ende Oktober und Anfang November 2013 weilte Jobbik-Chef an vier türkischen Universitäten und proklamierte seine angebliche unverbrüchliche Liebe zur Türkei. Als zweite nicht kooperationsfähige Partei nannte de Danne auch die bulgarische Formation Ataka, ohne nähere Gründe dazu zu nennen. Mutmaßlich sind Aussprüche von Parlamentariern der Ataka-Partei, die sich etwa dafür aussprachen, Roma zu „Seife" zu verarbeiten, aus Sicht der Franzosen nicht besonders vorzeigbar.

An dritter Stelle nannte Ludovic de Danne auch die britische BNP als Partei, mit welcher man lieber nicht kooperieren möchte. Als Grund benannte er eine Passage in den Statuten der BNP, welche die Mitgliedschaft allein „Weißen" vorbehält (und die übrigens pro forma vor kurzem bereits abgeändert worden ist). Wirklicher Hauptgrund für die Ablehnung der Kooperation dürfte – neben offen geschichtsrevisionistischen Anwandlungen von BNP-Chef Nick Griffins – aber wohl auch sein, dass der französische Front National auf einen viel größeren und einflussreicheren, umworbenen Kooperationspartner auf den britischen Inseln schielt: die EU-feindliche „Partei für die Unabhängigkeit des Vereinigten Königreichs" (UKIP) unter Nigel Farage. Im aktuellen Meinungsklima hat die UKIP einen Aufschwung erlebt, sie könnte derzeit wohl rund 20 % der Stimmen kassieren, und in manchen Umfragen rangiert sie inzwischen vor den regierenden Konservativen unter David Cameron. Der ausgesprochen schlechte Umgang des amtierenden Premierministers mit der seit sechs Wochen anhaltenden Flutkatastrophe in weiten Teilen Englands hat den Umschwung von den Torys hin zur UKIP in den letzten Tagen und Wochen noch begünstigt, ebenso wie der sehr starke Anti-Einwanderungs-Diskurs gegenüber Neuzuwanderung aus Ost- und Südosteuropa.

Aktuell möchte die UKIP auf der anderen Seite des Ärmelkanals allerdings nicht wirklich mit dem FN kooperieren, sondern lieber mit dem bürgerlichen Nationalisten und „gaullistisch" inspirierten EU-Kritiker Nicolas Dupont-Aignan. Allerdings ist es im Augenblick eher unwahrscheinlich, dass Dupont-Aignan und seine Leute ins nächste Europaparlament einzieht, während der FN laut eigenen Angaben mit 15 bis 20 Sitzen dort rechnet[2]. Im Oktober 2013 sah eine Umfrage zur Europaparlamentswahl den FN erstmals als stimmenstärkste Partei abschneiden und bei 23 Prozent der Stimmen liegen. Am vorigen Freitag, den 14. Februar 2014 wurde eine neue Umfrage für ‚Le Figaro' publik. Demnach kann der FN mit 20 Prozent der Stimmen bei der EP-Wahl rechnen und würde damit zur zweitstärksten Partei in Frankreich. Knapp vor ihm läge demnach die konservativ-wirtschaftsliberale UMP (die ihrerseits einen gewachsenen nationalkonservativen bis quasi-rechtsextremen Flügel aufweist) mit 22 % der Stimmabsichten, und die Sozialdemokratie mit 16 % würde erst auf dem dritten Platz folgen[3].

Im Hinblick auf die Rathauswahlen trifft der FN hingegen auf einige Probleme. Hatte die Partei noch im Herbst 2013 angegeben, sie werde voraussichtlich in 700 Städten mit über 9000 Einwohner/inne/n Listen aufstellen (insgesamt gibt es in Frankreich rund 3000 solcher Städte und alles in allem 36 000 Kommunen, in den kleineren treten allerdings nur parteifreie Listen an), so scheinen es derzeit unter 500 zu werden. Der Hauptgrund dafür ist, dass es der rechtsextremen Partei an qualifiziertem und vorzeigbarem Personal mangelt: Ihre Intelligenzschicht ist zwar vorhanden, aber doch relativ dünn. Darunter kommt eine Mitgliedschaft mit einem Profil, das man lieber nicht allzu offen zur Schau stellt, zum Vorschein.

Zuletzt wurde am vergangenen Freitag, den 14. Februar d.J. ein Kandidat auf der Liste des FN im zentralfranzösischen Châteauroux ausgeschlossen. Es handelt sich um den 25jährigen Bastien Durocher. Er hatte ursprünglich die „gute Idee" besessen, seine Tätowierungen auf einem bei Facebook publizierten Foto zur Schau zu stellen. Auf ihm sieht man deutlich eine Tätowierung auf seinem Unterarm prangen, welche die SS-Division Charlemagne verherrlicht – Letztere bestand aus französischen Freiwilligen bei der Waffen-SS und war im ganzen besetzten Europa aktiv. Durocher hatte dieses Foto im Herbst 2011 gelöscht, aber Antifaschist/inn/en hatten ihrerseits die (dieses Mal wirklich) gute Idee, einen Screenshot – eine Bildschirmkopie – davon aufzubewahren. Die Aufnahme kam nun ans Tageslicht. Durocher geriet in die Defensive und rechtfertigte sich, es handele sich um „Jugendsünden" (er sei damals 19 gewesen), und er habe angeblich einen Termin am 4. März d.J., um die Tätowierung zu beseitigen. Ein, nun ja, ziemlich schlechter Eindruck war aber bereits entstanden. Der örtliche Spitzenkandidat des FN, Matthieu Colombier, erklärte zwar zunächst am 13. Februar 2014, er behalte „sein Vertrauen zu Durocher aufrecht"[4]. Am folgenden Tag änderte er jedoch seine Position, und der FN-Spitzenfunktionär Nicolas Bay erklärte gegenüber der Tageszeitung ‚Libération' (Ausgabe vom 15./16. Februar 2014), er habe ihm bedeutet, dieser Meinungswandel sei „eine gute Idee". Durocher wurde also doch noch 'rausgekantet. Ein saumäßig guter Eindruck dürfte jedoch bereits hinterlassen worden sein…

Bernard Schmid (Paris) ■

1 Vgl. http://www.lefigaro.fr/politique/2014/02/15/01002-20140215ARTFIG00003-eurosceptiques-les-partis-que-marine-le-pen-juge-infrequentables.php

2 Vgl. http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2014/02/15/97001-20140215FILWWW00124-europeennes-le-fn-vise-15-et-20-elus.php

→

Französische Reaktionen auf schweizerisches Referendum:

Konservative und Rechtsextreme sind Feuer & Flamme

Volksabstimmungen in der Schweiz haben die französische extreme Rechte schon immer fasziniert. In den frühen 1970er Jahren beispielsweise bezog der junge Front National (FN) von dorther seine Inspiration, sich für „das Einwanderungsproblem" zu interessieren. Ursprünglich hatte die französische rechtsextreme Partei nur ein geringes Interesse an der Frage gezeigt: In den Anfangsjahren widmete sich der FN in seiner Propaganda vor allem Themen wie der Ablehnung der Entkolonisierung, dem Kampf gegen Abtreibung und „Werteverfall" sowie dem Antikommunismus. Einwanderung war im Frankreich der Jahre 1972/73 (noch) kein Gegenstand von polemischen Auseinandersetzungen, und auch in den Augen der Rechten erlaubte es die Zuwanderung aus den früheren Kolonien, die „niedrigen" Arbeitsplätze zu besetzen und es den Franzosen zu erlauben, „höhere" Positionen einzunehmen. Der Anstieg der Arbeitslosigkeit ab 1974/75 veränderte diesbezüglich natürlich die Ausgangssituation. Aber ein Blick auf die Eidgenossenschaft half der französischen extremen Rechten dabei.

Am 7. Juni 1970 hatte die so genannte „Schwarzenbach-Initiative" – ein Volksbegehren, das darauf abzielte, die Zahl der „Ausländer" pro Kanton auf maximal 10 Prozent zu begrenzen, was darauf hinauslief, dass 300 000 Personen die Schweiz hätten verlassen müssen – 46 % der Stimmen erzielt. Das Volksbegehren war durch die damalige extreme Rechte in der Schweiz rund um die Partei „Nationale Aktion" (NA) lanciert worden; aber alle großen Parteien, Kapitalverbände und Gewerkschaften wandten sich dagegen. Vor diesem Hintergrund war das Abschneiden des Volksbegehrens mit 46 % Zustimmung ein Bombenerfolg, beinahe ein politisches Erdbeben. Der damalige Chefideologe des FN, François Duprat – im Gegensatz zum heutigen Führungspersonal der Partei ein offener, bekennender Faschist –, erkannte das Potenzial, die Sprengkraft, die der Sache innewohnte. Er eichte seine Partei darauf, systematisch das Thema „Einwanderungsproblematik" zu beackern. Zur Parlamentswahl im März 1978 führte der Front National erstmals eine Wahlkampagne durch, die die beiden Themen Einwanderung und Massenarbeitslosigkeit miteinander verknüpfte. Damals war der Wahlkampf noch ein Flop – der FN war und blieb in jenen Jahren eine Splitterpartei, und im März 1978 schnitt er mit 0,3 % der Stimmen noch schlechter ab als bei der Parlamentswahl davor, 1973 –, aber die inhaltlichen Fundamente für spätere, sehr erfolgreiche Kampagnen waren gelegt. (François Duprat sollte es nicht mehr erleben: Er flog am 18. März 1978 mit seinem Auto in die Luft. Die Explosion war mutmaßlich durch Aktivisten konkurrierender Strömungen im rechten Lager ausgelöst worden.)

Auch die Volksabstimmung zum Thema „Verbot des Minarettbaus" vom 29.11.2009 in der Schweiz, die dieses Mal zur Annahme des Volksbegehrens mit rund 53 % der Stimmen führte, faszinierte die extreme Rechte in Frankreich. Und nicht nur diese. In einem Gastbeitrag für die Pariser Abendzeitung Le Monde zeigte sich der damals amtierende Präsident Nicolas Sarkozy zugeneigt. Er versuchte, das Thema auch in Frankreich aufzugreifen (wenngleich er erklärte, ein Referendum zu vergleichbaren Themen im eigenen Land abzulehnen, da Volksabstimmungen zu vereinfachten Ja-Nein-Alternativen zwängen). Sarkozy erklärte, er verstehe die Bevölkerung, die – wie in der Schweiz – ihre Landschaft bewahren wolle; indirekt war dabei mitgedacht: gegen ihr Verschandelung durch Moscheen. Und er führte gegen Ende seines Gastbeitrags aus, die „zuletzt gekommene" Religion müsse gegenüber den „Alteingesessenen" besser „diskret" bleiben.

Dieses Mal ist eine Infragestellung der Freizügigkeitsregeln für EU-Bürger/innen, die am 9. Februar 2014 in der Schweiz durch 50,3 % der abstimmenden Bevölkerung befürwortet wurde. Dafür gäbe es auch in Frankreich eine Basis, vor allem im Hinblick auf Staatsbürger/innen Rumäniens und Bulgariens. Im öffentlichen politischen Diskurs wird die Frage, ob nicht die Bevölkerung über (die Verhinderung von) Einwanderung abstimmen dürfe und ob nicht die Schweizer Recht hätten, allerdings eher auf allgemeine Weise – nicht speziell im Bezug auf die EU und ihre Regelungen zur Freizügigkeit innerhalb der EU – aufgeworfen und diskutiert.

Am Montag früh nach der Abstimmung, dem 10. Februar 2014, reagierte der konservative Spitzenpolitiker und Ex-Premierminister François Fillon bei den Sender BFM-TV und RMC mit den Worten, es sei „absolut natürlich", dass „ein Land die Anzahl der Ausländer auf seinem Territorium verringern möchte". Am Mittwoch, den 12. Februar d.J. forderte sein Parteifreund Christian Estrosi, Bürgermeister von Nizza (der fünftgrößten Stadt in Frankreich), „eine ähnliche Volksabstimmung auch in Frankreich". Dazu schlug er vor, ein Referendum zum Thema am selben Tag wie die Europaparlamentswahl, also am 25. Mai 2014, abzuhalten. Seine Partei, die konservativ-wirtschaftsliberale Formation und stärkste Oppositionspartei UMP, ist allerdings gespalten, da sie auch ausgesprochene „Pro-Europäer" und Unionsfans wie etwa die beiden Ex-Premierminister Alain Juppé und Jean-Pierre Raffarin in ihren Reihen zählt. Deswegen einigte sich die UMP nunmehr innerparteilich auf einen Formelkompromiss. Ihr Slogan im Vorfeld der Europaparlamentswahl wird demnach lauten: „Wir lieben Europa so sehr, dass wir es verändern möchten" - womit eine Infragestellung der Freizügigkeit insbesondere für rumänische und bulgarische Staatsbürger/innen und eine mögliche teilweise Wiedereinführung innereuropäischer Grenzkontrollen intendiert werden.

Auch der Front National zeigt sich natürlich begeistert vom Ausgangs des Schweizer Referendums, und fordert ebenfalls eine Volksabstimmung zum Thema „Immigration" in Frankreich. Seine Chefin Marine Le Pen erklärte etwa in einer ersten Reaktion: „Die Schweizer haben viel gesunden Menschenverstand gezeigt. Ich möchte, dass man ihrem Beispiel folgt, und ich denke, wenn man eine Abstimmung in Frankreich zum selben Thema abhalten würden, dann würden die Franzosen mit breiter Mehrheit für eine Beendigung der Masseneinwanderung stimmen. Natürlich fordere ich die Franzosen dazu auf, sich in dieser Richtung zu bewegen, auf den Weg der Freiheit, der Souveränität, der Verteidigung unserer Ökonomie und unserer Sozialsysteme sowie unserer Identität." Ähnliche Reaktionen aus ihrer Partei folgten.

Hingegen warnte der sozialdemokratische französische Außenminister Laurent Fabius die Schweiz vor einer Verschlechterung ihrer Beziehungen zur EU, die man nunmehr zu „überdenken" habe. Ein Parteisprecher der französischen Sozialdemokratie, Eduardo Rihan Cypel, kritisierte: „Wir kannten die Tendenz der UMP, dem Front National hinterherzulaufen. Neu ist, dass heute die UMP dem FN auf dem Terrain der extremen Rechten vorausläuft!" Und sein Parteifreund und ebenfalls -sprecher David Assouline sprach von einem „schlechten Wind", der da aus der Schweiz herüberwehe.

Bernard Schmid (Paris) ■

3 Vgl. http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2014/02/14/97001-20140214FILWWW00294-europeennes-le-fn-talonne-l-ump-le-ps-a-la-traine-sondage-opinion-way-le-figaro-lci.php

4 Vgl. http://www.lefigaro.fr/flash-actu/2014/02/13/97001-20140213FILWWW00453-municipales-un-candidat-fn-ancien-neo-nazi.php

Abschiebungen in die Kälte

NRW hat in diesem Winter bereits zwei Sammelabschiebungen durchgeführt. Die nächste Sammelabschiebung erfolgt am 15. April vom Flughafen Düsseldorf nach Serbien. Trotz aller früheren Beteuerungen von Rot-Grün, Menschen vor Verfolgung und Not zu schützen und entgegen der Praxis vieler anderer SPD-geführter Bundesländer, über den Winter keine Menschen abzuschieben, hat Nordrhein-Westfalen in diesem Winter bereits zwei Sammelabschiebungen durchgeführt. Ein so genannter Sammelcharter flog am 21. Januar nach Mazedonien, ein weiterer am 4. Februar nach Serbien. Dies ergab eine kleine Anfrage von zwei Landtagsabgeordneten der Piratenpartei, Marc Grumpy Olejak und Frank Herrmann.

Quelle: https://linksunten.indymedia.org 11.02.2014 ■

Verbale Brandsätze aus dem Süden der Republik

„Der bayerische Innenminister heizt die Stimmung gegen Asylsuchende weiter an. Seine Vorschläge sind schlicht verfassungswidrig“, erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zu Forderungen von Bayerns Innenminister Joachim Herrmann (CSU) nach Leistungskürzungen für Asylsuchende aus dem ehemaligen Jugoslawien und Albanien. Jelpke weiter:

„Herrmanns Forderung, das Taschengeld für Asylsuchende aus dem ehemaligen Jugoslawien und Albanien zu streichen, widerspricht ganz klar dem Bundesverfassungsgerichtsurteil zum Asylbewerberleistungsgesetz. Das Gericht hatte die bisherigen Leistungen für unvereinbar mit dem Menschenwürdegebot erklärt und insbesondere höhere Taschengeldsätze festgelegt. Die Bundesregierung hat das Urteil vom Juli 2012 bislang noch nicht umgesetzt.

Wenn Herrmann den Asylsuchenden jede Berechtigung für ihre Schutzgesuche abspricht, ignoriert er vollkommen die miserable Lebenslage von Roma in diesen Staaten. Die hohe Ablehnungsquote hat weniger mit einem fehlenden Schutzbedarf, sondern mehr mit der restriktiven Asylpraxis der Bundesrepublik zu tun.

DIE LINKE fordert, das Asylbewerberleistungsgesetz endlich abzuschaffen, die vielfache Diskriminierung, denen Roma in den Staaten des ehemaligen Jugoslawien ausgesetzt sind, als Asylgrund zu akzeptieren und sich auf europäischer Ebene nachhaltig dafür einzusetzen, dass diese Diskriminierung gestoppt und ihre soziale Lage verbessert wird.“

http://www.ulla-jelpke.de 13.02.2014 ■

Anlasslose Polizeikontrollen: unverhältnismäßig und ausgrenzend

„Die Bundesregierung verweigert weiterhin jede inhaltliche Auseinandersetzung mit der Frage nach den rassistischen Wirkungen anlassloser Personenkontrollen durch die Bundespolizei“ kommentiert Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag, zu einer Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage (18/ 323) der Fraktion zur „Problematik anlassloser Polizeikontrollen und racial profiling“. Jelpke weiter:

„Im Inland, das heißt vor allem an Bahnhöfen und in Zügen, wurden von der Bundespolizei im Jahr 2013 377.934 anlasslose Personenkontrollen durchgeführt. Bei 4613 Kontrollen wurde ein Verdacht auf illegale Einreise oder illegalen Aufenthalt festgestellt, das entspricht einem Anteil von 1,2 Prozent. Wie viele dieser Personen Asylsuchende waren, die nach Ankunft in der EU noch keinen Asylantrag gestellt hatten, ist der Bundesregierung nicht bekannt.

Selbst von Polizeivertretern wird nicht bestritten, dass die Kontrollen sich am äußeren Erscheinungsbild, sprich einem irgendwie ausländischen Aussehen der kontrollierten Personen, orientieren. Faktisch führen die anlasslosen Kontrollen zu racial profiling, das in Deutschland eigentlich verboten ist – wie die Bundesregierung nicht müde wird zu betonen. Weil racial profiling grundgesetzwidrig ist, wird es von der Bundesregierung für nicht existent erklärt. Auf die Realitätsblindheit kann es nur eine Antwort geben: die Abschaffung der anlasslosen Kontrollen durch die Bundespolizei!“

Quelle: Pressemitteilung http://www.ulla-jelpke.de 07.02.2014 ■

Hoyerswerda: Überfall auf Asylsuchenden

Zwei Tage nach Eröffnung eines Flüchtlingsheims in Hoyerswerda, dem ersten in der Stadt seit dem rassistischen Pogrom von 1991, wurde am 07.02. ein Asylsuchender überfallen. Wie der MDR berichtete, sei ein junger Marokkaner von einem 37-jährigen Deutschen auf dem Marktplatz der Stadt mehrfach geschlagen worden. Der 25-jährige Angegriffene fotografierte mit seinem Handy anschließend den Täter, der inzwischen von der Polizei ermittelt wurde. Die Beamten hielten es nicht für nötig, den jungen Mann einem Arzt vorzustellen, um Verletzungen attestieren zu lassen. „Es erschüttert uns, dass bereits zwei Tage nach der Eröffnung des neuen Flüchtlingsheims in Hoyerswerda ein Bewohner des Hauses angegriffen wurde“, kommentierte Mathias Buchner von der Initiative „Pogrom 91“. „Dass der junge Mann den Täter sofort abfotografiert hatte und er damit überführt werden konnte, war eine mutige Reaktion – wir fordern von der Polizei genauso entschlossen gegen den Schläger vorzugehen“, so Buchner.

Am 08.02. versammelten sich in Reaktion auf den Angriff 60 Menschen vor dem Flüchtlingsheim zu einer Menschenkette. Die zivilgesellschaftliche Initiative „Hoyerswerda hilft mit Herz“ hatte zu der Kundgebung aufgerufen.

Die Asylsuchenden sind erst am 05.02. in die ehemalige Schule in der Hoyerswerdaer Altstadt eingezogen. Der evangelischen Pfarrers Jörg Michel berichtete, dass bisher 36 Bewohnerinnen und Bewohner in dem neuen Heim leben, darunter 10 Kinder, die u.a. aus Marokko, dem Libanon, Syrien, Pakistan und Tunesien nach Deutschland gekommen seien. In dem Gebäude gäbe es „überall Staub“, es seien noch „viele Restarbeiten“ zu erledigen, „zwei Etagen sind noch gar nicht freigegeben“, so Michel weiter. Bewohner des neuen Asylsuchendenheims berichteten Journalistinnen, dass sie in allen drei Nächten, die sie bisher in dem neuen Heim verbracht hätten, mit „Ausländer Raus!“-Rufen belästigt wurden, die Unbekannte von der Straße vor dem Gebäude aus gebrüllt hatten. „Die neu angekommenen Asylsuchenden, unter ihnen Kinder, müssen nicht nur in spärlich eingerichteten Zimmern mit Metallbetten und Gruppenbädern leben, sie werden auch noch in einem Gebäude untergebracht, in welchem noch immer gebaut wird. Hoyerswerda unterscheidet sich damit im Umgang mit Flüchtlingen leider nicht vom Rest der Bundesrepublik, auch wenn gern von einem ‚Neuanfang‘ geredet wird.“, sagte Mathias Buchner von der Initiative „Pogrom 91“.

Quelle: http://de.indymedia.org 09.02.2014 ■

Abschiebungshaft und EU-Rückführungsrichtlinie

Vom 1. August 2012 bis zum 31. Januar 2014 hat borderline-europe e.V. in Kooperation mit den Partnerorganisationen KISA in Zypern, Borderline Sicilia in Italien und Mugak und Acoge in Spanien die Umsetzung der so genannten Rückführungsrichtlinie der EU (2008/115/EG) und hierbei insbesondere die konkrete Ausgestaltung der Abschiebungshaft in den drei Ländern untersucht.

Dieses Projekt wurde unterstützt durch das EU-Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“. Die wichtigsten Rechercheergebnisse liegen nun in der Broschüre „At the limen“ vor. In allen drei Ländern konnten bei der Ausgestaltung der Abschiebungshaft zum Teil gravierende Verstöße gegen die Europäische Men-

schenrechtskonvention und gegen die Vorschriften der Rückführungsrichtlinie festgestellt werden.

Dazu zählen:

• 18 Monate Abschiebungshaft werden vielfach zur Regel: Haft als ultima ratio, wie in der Rückführungsrichtlinie vorgesehen, wird nicht dementsprechend angewandt.

• Freiheitsberaubung von MigrantInnen, obwohl die Abschiebung faktisch mangels Zustimmung der Heimatländer nicht durchführbar ist. Haft als ultima ratio wird einmal mehr nicht angewandt.

• Inhaftierung von Minderjährigen und besonders Schutzbedürft • Mangelnde Information der inhaftierten MigrantInnen: vielfach sind die Gründe für den Freiheitsentzug nicht bekannt.

• Die Kriminalisierung von MigrantInnen: Strafhaft und Abschiebungshaft werden oft nicht unterschieden. Oftmals findet keine Trennung von Strafhäftlingen und MigrantInnen in den Gefängnissen statt, was dazu führt, dass die MigrantInnen in der Öffentlichkeit als Kriminelle wahrgenommen werden.

Die Durchsetzung des Verwaltungsaktes „Abschiebungshaft" – in den beteiligten Ländern daher auch Verwaltungshaft genannt – führt zur Freiheitsberaubung und zur Verletzung menschenrechtlicher Standards. Sie führt jedoch nicht zu einer effektiveren Rückführung, wie der Bericht erläutert.

Die Studie zeigt, dass in Italien, Spanien und Zypern die in der Rückführungsrichtlinie festgelegten Prinzipien und Regeln nicht respektiert werden. Dies wird sich unseren Erkenntnissen nach auch nicht ändern, so lange Abschiebungshaft als legitimes Werkzeug in der Migrationspolitik der Europäischen Union angesehen wird.

Die Europäische Kommission hätte bis zum 24. Dezember 2013 einen Evaluationsbericht dieser Rückführungsrichtlinie vorlegen müssen. Dieser liegt bis heute nicht vor. Ob dieser Bericht entsprechend notwendige Änderungen vorschlagen wird, ist ungewiss.

Die Broschüre kann als Printversion bei borderline-europe, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin; mail@borderline-europe.de angefragt werden und steht zusätzlich auch als download unter www.borderline-europe.de zur Verfügung.

Quelle: PM www.borderline-europe.de 04.02.2014 ■

Ceuta EU Zaun – neue Dimensionen Abschottung

Am 6.2.2014 hat die Guardia Civil der spanischen Enklave auf Flüchtlinge, die den EU-Zaun zu umschwimmen versuchten, Gummigeschosse, Tränengas und möglicherweise sogar Bleikugeln abgeschossen. Einige kamen durch die direkte Gewalteinwirkung im Wasser um, andere ertranken. Die spanische Seite geht inzwischen von 14 Toten aus.

Zum zweiten Mal musste der spanische Staat seine eigenen Darstellungen dementieren.

Zunächst hatte es offiziell geheißen, nur die marokkanischen, nicht aber die spanischen Polizisten und Gendarmen hätten Gewalt angewendet. Inzwischen liegen zahlreiche veröffentlichte Berichte Überlebender vor, die übereinstimmend das Ausmaß der Schüsse darstellen. Luftmatratzen und andere Schwimmhilfsmittel wurden zerschossen, die Guardia Civil traf mit Gummigeschossen Köpfe der Schwimmenden, es entstand Panik im Wasser und mind. 14 Flüchtlinge wurden im Wasser tödlich verletzt oder ertranken.

Inzwischen stellte sich heraus, dass mindestens 8 Flüchtlinge schwimmend den Strand auf spanischer Seite erreicht haben, dort von der Guardia Civil mit vorgehaltenen Gewehren empfangen und sofort abgeschoben wurden. Über dieses und auch frühere Refoulements (Kollektivabschiebungen) sowie über die Gewaltpraktiken staatlicher Organe an der spanischen EU-Außengrenze entbrennt nun ein politischer Streit der Parteien, Menschenrechtsorganisationen und Medien.

Die offiziellen spanischen und marokkanischen Falsch-Darstellungen wurden zunächst allein durch Angaben Überlebender durchbrochen, die sich bei flüchtlingssolidarischen AktivistInnen und bei Medien meldeten. Sodann wurde ein Video veröffentlicht, das aus einem Haus auf spanischer Seite direkt am EU-Zaun gedreht worden war: Es wurde zum Beweis dafür, dass mind. 8 Flüchtlinge tatsächlich spanisches Territorium erreicht haben.

Die spanisch-marokkanische polizeilich-militärische Zusammenarbeit um Ceuta und Melilla sowie auf dem Meer ist viel weiter fortgeschritten als zwischen Italien, Tunesien und Libyen oder gar zwischen Griechenland und der Türkei. Die Hälfte der 5000 Flüchtlinge, die spanische Überwachungssysteme im letzten Jahr auf dem Meer zwischen Spanien und Marokko aufgespürt haben, wurde von marokkanischen Gendarmerie- und Militärschiffen noch auf See übernommen und nach Marokko zurückgebracht. Die Abwehr von Flüchtlingen, die die EU-Zäune von Ceuta und Mellilla zu überklettern versuchen, erfolgt in gemeinsamen marokkanisch-spanischen Operationen, die von spanischen Kommandozentralen gelenkt werden. Die Folge ist ein organisiertes Verschweigen des tatsächlichen Ausmaßes staatlicher Gewalt und extralegaler Abschiebungen.

Es sind mehr und mehr die Flüchtlinge selbst, die dieses organisierte Black-Out durchbrechen. Ihr kollektives Vorgehen gegen den EU-Zaun um Ceuta wie auch um Melilla zeugt von einer wachsenden existentiellen Entschlossenheit angesichts der Barbarei der EU. In den kommenden Tagen wird der spanische Innenminister Fernández Díaz vor der Abgeordnetenkammer Rede und Antwort zu den Toten von Ceuta stehen müssen.

Quelle: http://ffm-online.org (Forschungsgesellschaft Flucht & Migration) 08.02.2014 ■

Bochum: Solidarität mit den Geflüchteten

Mehr als 300 Menschen waren heute dem Aufruf zu einer Demonstration vor dem Flüchtlingsheim in der Wohlfahrtstraße (Bochum) gefolgt. Das Motto der Kundgebung „Flüchtlinge Willkommen!" Auf Begeisterung stieß die riesige Botschaft der Knappschaft an ihrem Hochhaus. Einige Flüchtlinge beteiligten sich an der Demonstration, trauten sich aber nicht öffentlich aufzutreten. Birgit Naujoks, Geschäftsführerin des Flüchtlingsrates NRW schilderte in ihrer Rede die Situation der Flüchtlinge: "In dieser Flüchtlingsunterkunft hier an der Wohlfahrtsstraße leben Menschen, die vor politischer Verfolgung, (Bürger-)Kriegen, massiven Menschenrechtsverletzungen und akuten Lebensbedrohungen geflohen sind. Sie haben gefährliche Wege und alle Widrigkeiten in Kauf genommen, um hier in Sicherheit und mit einer Perspektive leben zu können. Doch angekommen in Deutschland, können sie von der viel gepriesenen „Willkommenskultur", die die Politik gegenüber sogenannten „erwünschten" Zuwanderern propagiert, nicht profitieren.

Quelle: http://www.bo-alternativ.de

Menschen, die hier einen Asylantrag stellen, müssen mit sehr vielen rechtlichen Einschränkungen leben. So haben sie keinen Anspruch auf einen Sprach- oder Integrationskurs. Auch unterliegen sie in der ersten Zeit einem vollständigen Arbeitsverbot und können danach nur eine Erlaubnis für einen Job erhalten, den kein Deutscher, EU-Bürger oder sonstiger Drittstaatler ausüben kann. Dies bedeutet über mehrere Jahre einen faktischen Ausschluss vom Arbeitsmarkt. Diese Menschen ruhen sich nicht „auf der sozialen Hängematte“ aus, wie es derzeit oft geäußert wird, sie sind zur Untätigkeit gezwungen und müssen Sozialleistungen in Anspruch nehmen, um ihr Überleben zu sichern.“

Georg Eberwein von der Medizinischen Flüchtlingshilfe berichtete über die Schwierigkeiten der Flüchtlingen bei der medizinischen und psychosozialen Versorgung. Viele Geflüchtete leiden unter Traumatisierungen durch die erlebten Kriege oder andere Gewalterlebnisse durch Folter oder während der Flucht. Hier bietet die medizinische Flüchtlingshilfe konkrete Hilfe an.

Wolfgang Dominik von der VVN-BdA beschäftigte sich in seiner Rede mit den 30 Nazis auf der anderen Straßenseite und ihrem „Volkssturm“. Sie hetzten gegen die Asylsuchenden. Wolfgang Dominik: „Ich weiß nicht, ob diesem Volkssturm klar ist, dass der Volkssturm im Faschismus das letzte kümmerliche und elende Aufgebot von alten Männern und Jugendlichen bzw. Kindern war, die von einer verbrecherischen deutschen Führung gegen Ende des faschistischen Terrorkrieges und gegen Ende der industrieller Vernichtung von Millionen Menschen auch noch ihr Leben lassen sollten zur Verteidigung der faschistischen Herrschaft. Wenn sich heute Neofaschisten nach diesem maroden Haufen von staatlich angeordneten Selbstmordkommandos nennt, lässt das auf eine ausgeprägte Geschichtsblindheit schließen. “

Für die OrganisatorInnen der Demo war es sehr erfreulich, dass viele NachbarInnen die Aktion unterstützt haben und dass die Hetze der Nazis entschiedene Ablehnung erfahren hat. Uli Borchers, Sprecher des Bündnisses gegen Rechts: „Es ist ein gutes Zeichen, dass sich so viele Menschen heute mit den Flüchtlingen solidarisch erklärten und gegen Rassismus in unserer Gesellschaft demonstrierten.“

Quelle: http://www.bo-alternativ.de ■

Abschiebungen in polnische Hafteinrichtungen

In Brandenburg werden kranke Flüchtlinge und Kinder nach Polen abgehoben. Dort landen sie trotz anderslautender Zusagen über Monate in Haft. Zwei aus Brandenburg abgeschobene Familienväter sind nun in den Hungerstreik getreten.

Seit einer Woche bzw. neun Tagen befinden sich zwei aus Brandenburg nach Polen abgeschobene Asylsuchende in einer Hafteinrichtung in Polen im Hungerstreik. Ein Ehepaar und eine Familie mit 6- und 8jährigen Kindern wurden Ende letzten Jahres im Rahmen der Dublin-Regelung nach Polen abgeschoben und anschließend im entlegenen Ketrzyn an der Grenze zu Russland in eine Hafteinrichtung gebracht. Beide Männer haben bereits zuvor willkürliche Inhaftierung erfahren. Nun sind sie in Polen erneut in Haft, ohne zu wissen, wie lange sie dort bleiben und was mit ihnen passieren wird. Dagegen richtet sich ihr Protest und vor allem auch gegen die Inhaftierung der eigenen Kinder.

Beide Familien waren zuvor unter harschen Bedingungen aus Brandenburg abgeschoben worden. Herr A. leidet an Epilepsie, Herr I., hat Folter erlitten und ist schwer traumatisiert. Bei der Abschiebung wurden Herrn I. Hand- und Fußfesseln angelegt. In beiden Fällen wurden fachärztliche Atteste ignoriert, der Rechtsbeistand nicht informiert. Noch während das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge prüfte, ob Herr I. wegen akuter Suizidgefahr und schwerer Traumatisierung in Deutschland bleiben müsste, schuf die kommunale Ausländerbehörde Tatsachen und schob ihn und seine Ehefrau kurzerhand nach Polen ab. Auch Herr A. wurde vor den Augen seiner Kinder gefesselt und die gesamte Familie nach Polen abgeschoben.

In Polen werden aus Deutschland abgeschobene schutzbedürftige Asylsuchende – auch Kinder – immer wieder bis zu einem Jahr lang inhaftiert. Sie wissen in dieser Zeit nicht, wie lange und warum sie in Haft sind und müssen befürchten, nach Russland und bis in den Verfolgerstaat zurück abgeschoben zu werden. In der Regel können sie die Gebäude nur eine Stunde am Tag verlassen, oft aber auch gar nicht. Aus Telefonaten mit den inhaftierten Familien wissen wir, dass die Kinder das Eingesperrtsein in Ketrzyn nicht länger ertragen können.

Trotz Vorlage ärztlicher Atteste hat ein Gericht in Polen die Inhaftierung von Herrn I. bestätigt. Dennoch gibt die Bundesregierung in einer parlamentarischen Antwort im September 2013 an, besonders schutzbedürftige Flüchtlinge würden in Polen nicht inhaftiert. Im November 2013 hat der UN-Ausschuss gegen Folter die polnische Praxis der Inhaftierung von Asylsuchenden kritisiert, weil die derzeitige Rechtslage die Inhaftierung von Kindern ermöglicht und dort kein Zugang zu rechtlicher Beratung besteht. Laut Helsinki-Foundation in Polen werden Asylsuchende dort häufig über Monate menschenrechtswidrig inhaftiert, betroffen seien auch syrische Flüchtlinge.

Brandenburg entwickelt sich gegenwärtig zu einem Verschiebebahnhof für Flüchtlinge. So erhalten auch syrische Flüchtlinge Bescheide, das Land zu verlassen und nach Ungarn auszureisen, wo ihnen wie in Polen Inhaftierung droht. Während in Brandenburg Initiativen vor Ort engagiert überlegen, wie sie Flüchtlinge menschenwürdig aufnehmen können, werden eben diejenigen, die gerade hier angekommen sind, rigoros abgeschoben. Der Flüchtlingsrat fordert das Land Brandenburg auf, kranke Menschen und Kinder nicht sehenden Auges dorthin abzuschieben, wo ihnen Haft und gesundheitliche Gefahr drohen. Die beiden hungerstreikenden Flüchtlinge müssen mit ihren Familien nach Deutschland zurück kommen dürfen, um ihre medizinische Behandlung fortzusetzen.

Quelle: Pressemitteilung http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de 27.01.2014 ■

Abschiebung stoppen Alle bleiben

Am Mittwoch, 12. Februar 2014, übergaben Esat Behrami und Kenan Emini (Roma Center Göttingen e.V.) , Uta Liebau und Susanne Ohse (Leben in der Fremde e.V.) einen Koffer mit 6852 Unterschriften an Frau Aydan Özoguz, SPD, (Staatsministerin im Kanzleramt für Migration, Flüchtlinge und Integration). Sie war Gast einer Veranstaltung des kommunalen Präventionsrats in Goslar zum Thema Integration.

Die Unterschriften waren auf Initiative des Roma Centers online unter einer Petition gesammelt worden, die sich gegen die Abschiebung der Familie Memisevic und hier insbesondere gegen die Abschiebung ihrer schwer herzkranken Tochter Anita wendet.

Seit 2010 bemüht sich die Familie um einen Aufenthalt in Deutschland. Sie sind Roma und haben in Serbien keine Chance für das Überleben Ihrer schwerkranken Tochter gesehen. Alle Asylanträge wurden abgelehnt, 2 Anträge an die nds. Härtefallkommission unter dem alten Innenminister Schünemann wurden abgelehnt.

Anita ist 8 Jahre, bald 9 Jahre alt. Ihr Schaden am Herzen ist nicht operabel. Bei der letzten Untersuchung in der Uniklinik in Göttingen wurde eine Verschlechterung ihres Zustands festgestellt. Der Gesundheitszustand ist so labil, dass sie es oft nicht schafft, in die Schule zu gehen. Ein fiebriger Infekt könnte ihren Tod bedeuten. In Serbien stünde die Familie vor dem Nichts. Sie hat zuletzt in einem Haus ohne Dach in zwei Räumen gewohnt. Oft hatte die Familie nichts zu essen und hat im Winter gefroren.

Die Bundesregierung geht davon aus, dass Serbien ein sicheres Herkunftsland für Roma sei. Etliche Delegationen von Menschenrechtsorganisationen sagen genau das Gegenteil. Den Roma ist in der Regel der Zugang zu medizinischer Versorgung, zu Arbeit, Bildung, Wohnungen

und oft sogar zu sauberem Trinkwasser verwehrt.Frau Özoguz hat die Unterschriften im Beisein von Anitas Eltern entgegengenommen und will sich darum bemühen, die Bearbeitung der Petition zu beschleunigen. Sie könne sich jedoch nicht um jeden Einzelfall kümmern. Anitas Eltern bedanken sich bei allen, die die Petition unterzeichnet haben und hoffen für Anita und ihre Geschwister, dass die Familie in Deutschland bleiben darf.

Quelle: Roma Center Göttingen e.V. 14.02.2014 ■

Düsseldorf: Erfolgreich gegen Zwangsumzug

In Düsseldorf haben sich mehrere Flüchtlingsfamilien erfolgreich gegen einen geplanten Zwangsumzug in eine Gemeinschaftsunterkunft gewehrt. Die Betroffenen hatten Ende Dezember einen Bescheid von der Stadt erhalten, in dem ihnen angekündigt wurde, dass sie Anfang des Jahres ihre Wohnungen verlassen und in eine Gemeinschaftsunterkunft in einem leerstehenden Schulgebäude umziehen müssten. Hintergrund dieses Bescheids waren die Pläne der Stadt, in den bislang von den Flüchtlingsfamilien bewohnten Häusern eine Obdachlosenunterkunft einzurichten. Nach Protesten der betroffenen Familien und Gesprächen mit der Flüchtlingsinitiative Stay!, die Anfang Januar stattfanden, hat die Stadtverwaltung diese Pläne nun jedoch wieder verworfen. Gerade für Familien mit Kindern wäre eine Unterbringung in der Gemeinschaftsunterkunft nach Auffassung von Stay! völlig ungeeignet gewesen, da sie nur wenig Privatsphäre bietet und sanitäre Anlagen dort lediglich in Containern auf dem Schulhof zur Verfügung stehen. Zudem hätte der Umzug für die Kinder der betroffenen Familien einen neuerlichen Schulwechsel nötig gemacht. Für die geplante Obdachlosenunterkunft wurde mittlerweile ein potenzielles Ersatzobjekt gefunden.

Quelle: Flüchtlingsrat Nordrhein-Westfalen Newsletter 02-2014 ■

Demonstration fordert Abschiebestopp nach Afghanistan

Gestern Abend nahmen 500 Menschen an der Demonstration „Hadi bleibt – Abschiebestopp sofort!“ teil. Mit Leuchtbändern, Sprechchören und Transparenten, mit denen sie einen Abschiebestopp nach Afghanistan forderten zogen sie vom Innenministerium über den Marienplatz zum Sendlinger Tor, wo die Abschlusskundgebung stattfand.

Während der Demo erfuhren wir, dass die Petition für Hadi Arefi, dessen geplante Abschiebung am 29.1.14 an seinem Widerstand scheiterte, noch nicht am 12.02.2014 im Bayerischen Landtag behandelt wird, sondern erst in einer der nächsten Ausschusssitzungen.

Derweil ist mindestens ein weiterer Abschiebefall bekannt geworden: Hamid Saidzade ist 22 Jahre alt und lebt seit über vier Jahren in Deutschland. Die Ausländerbehörde des Landkreises München hat bereits angekündigt, die Abschiebung einzuleiten, wenn er nicht umgehend freiwillig ausreist. Dabei kämpft auch er um eine Zukunftsperspektive für sich, arbeitet und verdient seinen Lebensunterhalt selbst.

Afghanistan ist kein sicheres Herkunftsland, sondern Kriegsgebiet, auf dem sich westliche Truppen tummeln. Die Sicherheitslage hat sich in den letzten Monaten verschlechtert, die UN-Mission in Afghanistan spricht von einem 25 %igen Anstieg der Übergriffe auf ZivilistInnen. Viele Abgeschobene aus Europa werden von den Taliban verfolgt, weil sie als „Spionedes Westens“ gelten. Zudem laufen sie Gefahr entführt zu werden, um aus ihnen die vermeintlich angehäuften Reichtümer zu pressen.

„Wir sind empört, dass das bayerische Innenministerium scheinbar Druck macht, noch schnell geduldete Flüchtlinge nach Afghanistan abzuschieben“, kritisiert Alexander Thal, Sprecher des Bayerischen Flüchtlingsrats. „Die Innenministerkonferenz hat im vergangenen Dezember entschieden, die Sicherheitslage in Afghanistan durch das Bundesinnenministerium und das Auswärtige Amt überprüfen zu lassen. In ihrer nächsten Sitzung wollen die Innenminister dann über einen Abschiebestopp beraten. Während andere Bundesländer die Abschiebungen nach Afghanistan vorläufig ausgesetzt haben, will Bayern offenbar die Chance noch schnell nutzen, so viel wie möglich Flüchtlinge vorher abzuschieben.“

Quelle: http://www.fluechtlingsrat-bayern.de 11.02.2014 ■

Tödlicher Einsatz vor Farmakonisi

Flüchtlingsboot umgehend bergen!

Mehr als zwei Wochen nach der Bootskatastrophe mit zwölf Toten ist noch nicht einmal die Unglücksstelle bekannt. Die Überlebenden warten verzweifelt darauf, dass ihre Lieben geborgen werden.

Die Körper von zehn Vermissten werden in dem gesunkenen Flüchtlingsschiff vermutet. Zudem würde der Zustand des Bootes wichtige Hinweise liefern, wie die tödliche Operation verlaufen ist – die Überlebenden und weitere Angehörige der Toten in Deutschland, Belgien und anderen Ländern haben ein Recht auf eine lückenlose Aufklärung.

Zweifel am Interesse der Aufklärung

Alle Informationen aus Eurosur, militärischen Überwachungssystemen, der türkischen Küstenwache, dem Funkverkehr, etc. müssen der Öffentlichkeit und den Strafverfolgungsbehörden zur Verfügung gestellt werden, fordert PRO ASYL. Doch die Untersuchung verläuft mehr als schleppend, die Merkwürdigkeiten häufen sich: Dass ausgerechnet zum Zeitpunkt der Katastrophe das GPS des Küstenwachebootes ausgeschaltet bzw. nicht funktionstüchtig war, bestärkt die Zweifel am Interesse der Küstenwache, den Vorfall lückenlos aufzuklären.

Fatal entglittene Push-back-Aktion

PRO ASYL geht weiterhin von einer fatal entglittenen, illegalen Push-back-Operation aus: Nach Recherchen vor Ort und Gesprächen mit den Überlebenden kann als gesichert gelten, dass bei dem Einsatz, den die Küstenwache als Rettungseinsatz darstellt, gegen wichtige Normen der Seenotrettung verstoßen wurde. So wurden den Flüchtlingen etwa keine Rettungswesten ausgegeben. Ebenso wurden nach dem Unglück keine Taucher zur Lebensrettung eingesetzt.

Unheilige Allianz zwischen Frontex und Küstenwache

PRO ASYL fordert die umgehende Bergung des Schiffes unter Einsatz von kompetenten Teams aus anderen EU-Ländern. Gegebenenfalls muss die EU die Finanzierung der Bergung sicherstellen. Darüberhinaus fordert PRO ASYL, den Frontex-Einsatz „Poseidon Land and Sea“ zu beenden und unabhängige Menschenrechtsbeobachter in der Region einzusetzen.

Der Frontex-Einsatz hat nicht zu einer veränderten Praxis oder gar „Zivilisierung“ der brutalen Flüchtlingsabwehr in Griechenland geführt, sondern zu einer unheiligen Allianz zwischen der EU-Grenzschutzagentur und der griechischen Küstenwache: Die Arbeitsteilung aus der „cleanen“ Form der Flüchtlingsabwehr (Frontex) mit den „Rambo“-Ansatz der griechischen Küstenwache hat das Grenzgebiet zu einer menschenrechtsfreien Zone gemacht.

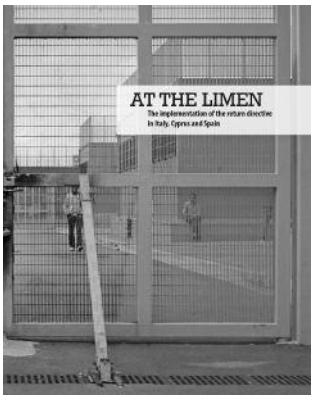
EU-Kommission muss endlich handeln

Abgesehen von wenigen Ausnahmen fanden alle von PRO ASYL dokumentierten systematischen Push-backs in der Ägäis im Frontex-Einsatzgebiet statt. Dies belegt neben Berichten anderer Menschenrechtsorganisationen der PRO-ASYL-Bericht „Pushed back“. Gegen die systematischen Menschenrechtsverletzungen in diesem Grenzabschnitt muss die EU-Kommission endlich entschlossen vorgehen: Durch ein EU-Vertragsverletzungsverfahren gegen Griechenland und die Sperre aller EU-Gelder, die für Menschenrechtsverletzungen eingesetzt werden.

Quelle: http://www.proasyl.de 06.02.2014 ■

„At the limen“ –

Bericht über Abschiebungshaft und die



EU-Rückführungsrichtlinie

Untersuchung zeigt gravierende Mängel bei der Umsetzung der Rückführungsrichtlinie in Spanien, Italien und Zypern • Unmenschliche und rechtswidrige Bedingungen in der Abschiebungshaft

Vom 1. August 2012 bis zum 31. Januar 2014 hat borderline-europe e.V. in Kooperation mit den Partnerorganisationen KISA in Zypern, Borderline Sicilia in Italien und Mugak und Acoge in Spanien die Umsetzung der so genannten Rückführungsrichtlinie der EU (2008/ 115/EG) und hierbei insbesondere die konkrete Ausgestaltung der Abschiebungshaft in den drei Ländern untersucht.

Dieses Projekt wurde unterstützt durch das EU-Programm „Europa für Bürgerinnen und Bürger“. Die wichtigsten Rechercheergebnisse liegen nun in der Broschüre „At the limen“ vor. In allen drei Ländern konnten bei der Ausgestaltung der Abschiebungshaft zum Teil gravierende Verstöße gegen die Europäische Menschenrechtskonvention und gegen die Vorschriften der Rückführungsrichtlinie festgestellt werden.

Dazu zählen:

a. 18 Monate Abschiebungshaft werden vielfach zur Regel: Haft als ultima ratio, wie in der Rückführungsrichtlinie vorgesehen, wird nicht dementsprechend angewandt.
b. Freiheitsberaubung von MigrantInnen, obwohl die Abschiebung faktisch mangels Zustimmung der Heimatländer nicht durchführbar ist. Haft als ultima ratio wird einmal mehr nicht angewandt.
c. Inhaftierung von Minderjährigen und besonders Schutzbedürftigen.
d. Mangel an effektivem Rechtsschutz.
e. Mangelnde sozio-medizinische Versorgung oder Einschränkung dieser.
f. Mangelnde Information der inhaftierten MigrantInnen: vielfach sind die Gründe für den Freiheitsentzug nicht bekannt.
g. Die Kriminalisierung von MigrantInnen.

Strafhaft und Abschiebungshaft werden oft nicht unterschieden. Oftmals findet keine Trennung von Strafhäftlingen und MigrantInnen in den Gefängnissen statt, was dazu führt, dass die MigrantInnen in der Öffentlichkeit als Kriminelle wahrgenommen werden. Die Durchsetzung des Verwaltungsaktes „Abschiebungshaft“ – in den beteiligten Ländern daher auch Verwaltungshaft genannt – führt zur Freiheitsberaubung und zur Verletzung menschenrechtlicher Standards. Sie führt jedoch nicht zu einer effektiveren Rückführung, wie der Bericht erläutert.

Die Studie zeigt, dass in Italien, Spanien und Zypern die in der Rückführungsrichtlinie festgelegten Prinzipien und Regeln nicht respektiert werden. Dies wird sich unseren Erkenntnissen nach auch nicht ändern, so lange Abschiebungshaft als legitimes Werkzeug in der Migrationspolitik der Europäischen Union angesehen wird.

Die Europäische Kommission hätte bis zum 24. Dezember 2013 einen Evaluationsbericht dieser Rückführungsrichtlinie vorlegen müssen. Dieser liegt bis heute nicht vor. Ob dieser Bericht entsprechend notwendige Änderungen vorschlagen wird, ist ungewiss.

Die Broschüre kann als Printversion bei borderline-europe, Mehringhof, Gneisenaustr. 2a, D-10961 Berlin; mail@borderline-europe.de angefragt werden und steht zusätzlich auch als download unter

www.borderline-europe.de zur Verfügung.
PM 4.2.2014
borderline europe e.V.

borderline-europe

Anning Lehmensiek

Juden in Worpswede

224 Seiten, 82 Abbildungen, Hardcover, 14.80 € ISBN 978-3-943425-35-2

Im Sommer 2010 machen zwei Frauen einen Gang durch das berühmte, nahe bei Bremen gelegene „Künstlerdorf“ Worpswede. Die eine, Christa, hier 1928 gebo- ren und aufgewachsen, lebt schon mehr als 60 Jahre in den USA. Die andere, Jg. 1942, wohnt seit langem im Teufelsmoor, nicht weit weg. Die Auseinanderset- zung mit der Shoa hat die beiden Frauen zusammengeführt – sie sind auf der Suche nach Juden im Künstlerort.

Aus dem Rundgang wird eine „Entde- ckungsreise“ in die Vergangenheit, die sich bis in die Gegenwart erstreckt. Erinnerun- gen werden wach. Recherchen, Gespräche mit Zeitzeugen, Archivbesuche, Auswer- tung von Akten und Zeitungen, Aufstöbern von alten Fotos bringen Erstaunliches und Neues, aber auch viel Trauriges zutage.

Im Kapitel „Versuchte Niederlassung“ beschreibt und würdigt Anning Lehmen- siek das Leben der jüdischen Menschen während des 19. und der ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts. Da ist zum Beispiel der Viehhändler und Schlachter Abraham Leeser, der, nachdem viele Eingesessene sich für ihn eingesetzt haben, einen „Schutz- brief“ erhält und sich 1804 als erster Jude in Worpswede niederlässt.

Im zweiten Teil – „Verfolgung, Verharmlosung und Vernichtung“ – stellt die Autorin dar, wie die Bürger jüdischer Herkunft, stigmatisiert und in ihrer Existenz bedroht, weitgehend allein gelassen und ermordet wurden. Im letzten Abschnitt „Überlebt“ führt sie vor Augen, in welcher Weise der Holocaust, aber auch die Zeit davor, bis heute präsent sind.

Juden siedeln sich in Worpswede in zwei Schüben an. Zuerst sind es, zu Beginn des 19. Jahrhunderts, die Gewerbetreibenden, Schlachter, Klempner, Händler. Dann, seit 1910, auch Maler und Schriftsteller, ein Bildhauer und eine Malerin. Was nach gelungener Integration aussieht, wird zunehmend in Frage gestellt, seit 1933 zerstört. Insbesondere die Auswertung der Wie- dergutmachungsakten vermittelt ein bedrückendes Bild vom Schicksal der in Worpswede ansässigen Juden – von ihrer Erniedrigung, Ausgrenzung, Ausraubung, Vertreibung und Vernichtung. Nach 1945 gibt es wieder Ju- den in Worpswede, bis in die Gegenwart. Der Blick auf die geschichtliche Umgebung, z.B. auf die Juden in den ländlichen Gebieten des 19. Jahrhun- derts, auf die Künstlerkolonie und auf die Shoa, bis hin zum neu gegründe- ten Israel mit seinen Kibbuzim, rundet das vielgestaltige Bild ab.

Anning Lehmensiek fördert mit ihrem Einblick in das Leben jüdischer Menschen das Verständnis für die Sitten, Gebräuche und religiösen Vorstellungen des Judentums. Dabei sind ihr eindrucksvolle Por- träts von Worpsweder Jüdinnen und Ju- den gelungen. So etwa über die kleine, stille, zumeist in schwarz gekleidete und im Sommer 1942 nach Theresienstadt de- portierte Rosa Abraham, den Kunstmäzen Klaus Pinkus und den Schriftsteller Erich Schargorodsky, den Kunstsammler und wohlhabenden Herrenschneider Walter Steinberg oder über den Maler, Grafiker und Schriftsteller Karl Jakob Hirsch, den das Leben in der Emigration an den Rand seiner Existenz brachte. Ihnen allen wie vielen anderen nähert sich die Autorin, behutsam, differenziert und überaus einfühlsam. Jede und jeder wird so ernst ge- nommen, wie es irgend möglich ist. Damit macht sie

„Blühende Landschaften“ — Neonazi-Gewalt in Brandenburg 1989–1993

In seinem frisch freigeschalteten Recherche-Blog „Blühende Landschaften“ [http://landschaften.djb-ev.de] veröffentlicht das Demokratische JugendFORUM Brandenburg eine Sammlung von Interviews mit Zeitzeug/innen, die in politischen Kontexten oder in öffentlichen Verwaltungen die frühen 1990er Jahre im Land Brandenburg erlebt und gestaltet haben. Ausgangspunkt der Recherche waren die 20. Jahrestage der rassistischen Pogrome in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen. Wie haben Menschen in Brandenburg die Ereignisse und die Zeit wahrgenommen? Was ist ihnen in Erinnerung geblieben? Wie bewerten sie die damaligen Entwicklungen heute?

Das DJB will mit dem Projekt Zeitzeug/innen zu Wort kommen lassen und ruft zu einer Aufarbeitung der gesellschaftlichen Situation und Gewalt Anfang der 1990er Jahre im Land Brandenburg auf, deren Langzeitfolgen heute immer noch Fragen aufwerfen. Die Interviews mit Gesprächspartner/innen aus Bernau, Eberswalde, Angermünde, Schwedt/Oder, Königs Wusterhausen, Frankfurt (Oder) und Cottbus handeln von den Situationen vor Ort, von der Erfahrung massiver Neonazi-Gewalt, von den Versuchen, Gegenstrategien zu entwickeln oder sich einfach nur zu behaupten. Darüber hinaus geben die Gespräche Einblicke in eine Zeit des politischen Umbruchs, der weitreichende gesellschaftliche Veränderungen zur Folge hatte.

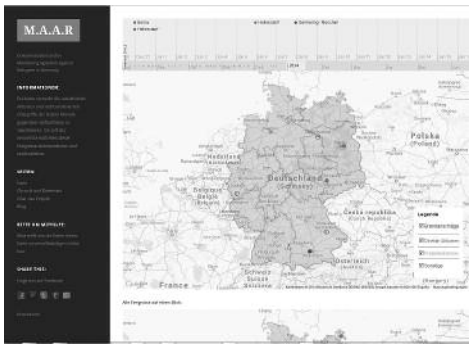
Ein weiteres zeitgeschichtliches Online-Projekt in Trägerschaft des DJB endet in diesen Tagen: RE:GUBEN hat sich im Laufe des vergangenen Jahres mit der Erinnerung an den Tod Farid Guendouls auseinandergesetzt. Der Algerier starb am 13. Februar 1999 im brandenburgischen Guben auf der Flucht vor einer Gruppe rechter Jugendlicher, die ihn angegriffen hatte. Anlässlich des 15. Todestages öffnet am 13. Februar 2014 in der Berliner Galerie die Ausstellung „Werkraum Bild und Sinn“.

12. Februar 2014 ■

Interaktive Karte der Gewalt gegen Flüchtlinge

Hoyerswerda 1991, Rostock-Lichtenhagen im Jahr darauf. Diese Namen stehen in den Köpfen vieler für den Höhepunkt der Fremdenfeindlichkeit und der Gewalt gegen Flüchtlinge und Migranten_innen in Deutschland, jedoch zugleich für ein abgeschlossenes Kapitel. Doch sah das Jahr 2013 eine stetige Steigerung von rassistischen Übergriffen, Aktionen und Gewalttaten gegen Flüchtlingsheime und deren Bewohner_innen.

Diese interaktive Karte des Dokumentationsarchivs „Monitoring Agitation Against Refugees in Germany“ (Beobachtung von Hetze gegen Flüchtlinge in Deutschland) veranschaulicht die zeitliche und räumliche Entwicklung von Brandanschlägen, direkten Aktionen oder Demonstrationen gegen Flüchtlinge seit dem 1.1.2013 und wird fortlaufend aktualisiert. Ein Höhepunkt ist im Oktober und November 2013 zu verzeichnen. Zynisch, wurde zu genau dieser Zeit doch um die Opfer der Bootsunglücke vor Lampedusa getrauert.



Zur Karte: http:// www.dok - maar .de/

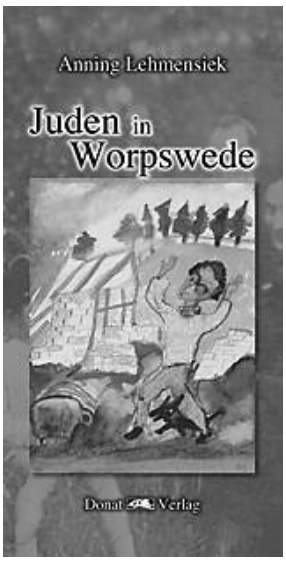
http://antifra.blog.rosalux.de

Von Lukas Fuchs

12. Februar 2014

---

stellvertretend ein Stück weit wieder gut, was den Verfolgten und Betroffenen angetan worden ist. Indem sie den Geschmähten und Opfern ihr Gesicht zurückgibt, verdeutlicht sie indirekt, welchen Schaden die Täter und Mitläufer sich selbst zugefügt haben.



Es gibt immer noch viele Orte in Deutschland, die sich bislang ihrer Vergan- genheit nicht gestellt haben. Die Autorin hat es nun für Worpswede getan, mit eher leisen Tönen, ohne etwas zu beschönigen oder einem larmoyantanklagenden Ton zu verfallen. Wie war die Geschichte? So war es! Ein Buch zum Nach- und Weiterdenken. Worpswede kann stolz auf sie sein.

Anning Lehmensiek:
Juden in Worpswede
ISBN 978-3-943425-35-2
14.80 €
Donat Verlag
Borgfelder Heerstr. 29
D-28357 Bremen-Borgfeld
Tel.: (0421) 17 33 107
Fax: (0421) 27 51 06
E-Mail: info@donat-verlag.de
www.donat-verlag.de

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse“: J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

Rechte Werte

Aus nachvollziehbaren Gründen erschien das „deutsche Nachrichtenmagazin“ ZUERST! seiner Gründung in den Monaten August und September, die in vielen Bundesländern die Haupturlaubszeit sind, als Doppelnummer. Überraschenderweise wurde der Ausfall einer Ausgabe in diesem Jahr bereits auf die Monate Februar/März vorgezogen. Eine Begründung dafür liefert Chefredakteur MANUEL OCHSENREITER nicht, stattdessen bittet er „unsere Leser herzlich um Verständnis“, weil die „Redaktion in diesem Jahr statt im Spätsommer bereits im Frühjahr“ pausiert. Es bleibt abzuwarten, ob es sich bei diesem Wegfall einer Ausgabe tatsächlich um eine vorgezogene Urlaubspause handelt, oder um eine Sparmaßnahme des Verlegers. Auffällig ist bereits seit Erscheinen der ersten ZUERST!-Ausgabe, dass das Magazin so gut wie keine Fremdanzeigen enthält. Da eine so aufwändig hergestellte Zeitschrift, selbst wenn sie niedrige Personalkosten hat, sich keinesfalls aus den Verkaufserlösen finanzieren kann, muss das nötige Geld irgendwo anders herkommen – man darf vermuten, vom Verleger Dietmar Munier.

„Die Sozis von der CDU – Partei ohne Kompaß“ lautet das Titelthema des aktuellen Heftes, illustriert mit dem Bild der den Wahlsieg feiernden CDU-Granden Merkel, von der Leyen, Gröhe und Pofalla. Worum es geht, verrät also schon die Überschrift des Titelbeitrages von DIRK REINARTZ, FALK TIEDEMANN und STEVE LEROD – um die behauptete Sozialdemokratisierung der großen konservativen (Volks-)Partei oder, anders ausgedrückt, um den Verlust konservativ/reaktionärer Werte und Ziele. Allerdings beginnen die Autoren ihre Schilderung unter zustimmender Berufung auf den Spiegel-Journalisten JAN FLEISCHHAUER gar nicht mit einem konservativen, sondern dem liberalen Dogma der weitgehenden Nichteinmischung des Staates in die Gesellschaft: „In alles und jedes und bis in die tiefsten Tiefen der Privatsphäre will Schwarz-Rot hineinregieren, überall sieht das Bündnis Handlungsbedarf für Vater Staat. ‚Natürlich‘, so Fleischhauer, wolle die Große Koalition ‚die Emanzipation der Frauen fördern, die Integration der Migranten, Behinderten und Alten und überhaupt aller Minderheiten, die noch nicht der umfassenden Hilfe des Staates teilhaftig wurden.‘ Für Sozialdemokraten sind diese Ansätze nicht ungewöhnlich. Für eine Partei, zu deren Markenkern eigenem Bekunden nach ‚die Werte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit‘ gehören, schon“.

Auf die rhetorische Frage „Spielt die wertkonservative Strömung neben der liberalen und der christlich-sozialen überhaupt noch eine Rolle?“ folgen eine Reihe von Beispielen für den „Verrat“ der Christdemokraten, beginnend mit der „Ausländerpolitik“: Deshalb sollen sich die Fremden hier auch möglichst schnell heimisch fühlen, im GroKo-Sprech heißt das, man wolle die ‚Willkommens- und Anerkennungskultur‘ stärken, dazu gehöre ganz wesentlich die ‚interkulturelle Öffnung‘ von Staat und Gesellschaft und der ‚Diversity‘-Gedanke in der Wirtschaft. …Übersetzt heißt das nichts anderes, als daß in fast allen Bereichen der fremdländische Anteil erhöht werden soll…“. Es geht um die Frage der „ethnischen Identität des Staatsvolkes“ – eine vornehme Umschreibung dessen, was die Nazis „Rassereinheit“ nannten. Weiter geht es mit „den Positionen (der CDU – tri) zur Geschlechter- und Familienpolitik“: „Natürlich verurteilt man entschieden ‚Homophobie‘ und ‚Transphobie‘. Letzteres soll eine angebliche Diskriminierung von Menschen sein, die irgendwie weder Männlein noch Weiblein sind“ (so die zynische Erklärung der Autoren). Genannt werden auch noch die „Vertriebenen“, deren Interessen die CDU nicht mehr wahrnähme und die nur noch eine Alibifunktion hätten. Was aber sind dann nach Auffassung von ZUERST! die Grundwerte der Christdemokraten? Zum einen das Interesse am Machterhalt, die Partei als „Kanzlerwahlverein“. Beim zweiten „Markenkern“ dagegen wird es spannend: „Dem wahren Kern der CDU nähert man sich, wenn man zwei Beschreibungen verknüpft: erstens die Titulierung Konrad Adenauers als ‚Kanzler der Alliierten‘ durch den damaligen SPD-Vorsitzenden Kurt Schumacher ….nämlich daß die CDU seit ihren Gründertagen (west-)alliierte Politik in Deutschland vertreten hat….Hoch kontinuierlich in der Westbindung zunächst der alten Bundesrepublik und dann des teilvereinigten Deutschlands: wirtschaftspolitischer Kapitalismus, innenpolitischer Liberalismus und außenpolitische Unterwerfung unter die US-Hegemonie“. Ohne etwas unterstellen zu wollen, darf man annehmen, dass es den ZUERST“-Autoren nicht um einen eigenen, friedlichen, demokratischen Weg der Bundesrepublik geht, sondern um die Freiheit für deutschnationales Großmachtstreben. Was die kritisch erscheinende Benennung eines prokapitalistischen Kurses betrifft, verrät ein Interview mit PETER HELMES, einem ehemaligen hohen CDU-Funktionär, dass es mit der Kritik nicht weit her ist. Helmes kritisiert: „Die neue Regierung ebnet den Weg in eine andere Republik: Mindestlöhne statt Marktwirtschaft … Zerstörung des Wirtschafts- und Industriestandorts Deutschland, neue Bürokratiemonster statt Reformen…“. Ein angestrebter (niedriger) Mindestlohn als „Weg in eine andere Republik“ zu bezeichnen ist entweder ein Zeichen für eine tiefsitzende Paranoia oder des radikalen Eintretens für die Interessen der Wirtschaft.

Auch Dr. UTE SCHEUCH, Soziologin, Witwe des rechten Kölner Soziologen Erwin Scheuch und bis zu ihrem Austritt 18 Jahre lang Mitglied der CDU, kritisiert die Kanzler Kohl und Merkel von wirtschaftsliberaler Warte aus: „…ohne jeden wirtschaftspolitischen Sachverstand“ (über Frau Merkel zum Thema Atomausstieg). „Mit Helmut Kohl hat die Politik immer mehr in wirtschaftspolitische Detailfragen eingegriffen, anstatt sich auf die ordnungspolitischen Rahmenbedingungen zu beschränken. Zugleich bremst er, wie später auch Merkel, Politiker mit wirtschaftspolitischem Sachverstand von ihrem Aufstieg in der Partei aus“. Aufschlussreich, die Beweggründe Frau Dr. Scheuchs für ihren Eintritt in die CDU: „…auch wegen Helmut Kohl, vor allem aber wegen Rainer Barzel. Kohl als damals junger und energischer Politiker galt als konservative Hoffnung. Er rebellierte laut gegen die Ostverträge mit der DDR und Polen, er setzte sich für die Belange der deutschen Heimatvertriebenen und gegen den Ausverkauf der ostdeutschen Gebiete ein. Das waren für uns wichtige Themen. Vor allem aber bekämpften wir die ‚Neue Ostpolitik‘ mit dem ‚Wandel durch Annäherung‘… Viele junge Leute traten der CDU bei, um ihre Gegnerschaft zu Brandt zu zeigen… Wir wurden zu einer richtigen verschworenen konservativen Familie. Wir waren antikommunistisch und antitotalitär – wir wollten die ‚Freiheit statt Sozialismus‘ in Deutschland sichern, so unser Slogan bei der Bundestagswahl 1976“. Da ist es nicht verwunderlich, wenn Frau Dr. Scheuch heute einer Rechtspostille wie ZUERST! Interviews gibt. *tri* ■

BESTELLUNG: Hiermit bestelle ich ... Stück pro Ausgabe (Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt)

- O Halbjahres-Abo, 13 Hefte 27 Euro
- O Förder-Abo, 13 Hefte 30 Euro
- O Jahres-Abo, 26 Hefte 54 Euro
- O Förder-Abo, 26 Hefte 60 Euro
- O Schüler-Abo, 26 Hefte 30 Euro
- O Ich möchte Mitglied im Förderverein Antifaschistische Nachrichten werden. Der Verein unterstützt finanziell und politisch die Herausgabe der Antifaschistischen Nachrichten (Mindestjahresbeitrag 30,– Euro).

Erscheinungsweise: 14-täglich

Einzugsermächtigung: Hiermit ermächtige ich den GNN-Verlag widerruflich, den Rechnungsbetrag zu Lasten meines Kontos abzubuchen. (ansonsten gegen Rechnung)

Name: Adresse:

Konto-Nr. / BLZ Genaue Bezeichnung des kontoführenden Kreditinstituts

Unterschrift

GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln, Tel. 0221 – 21 16 58, Fax 21 53 73, E-Mail: gnn-koeln@netcologne.de
Bankverbindung: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Kontonummer 10419507